

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Klubvorsitzenden haben wieder jene Stücke zusammengezogen, die schon als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 10), das Stück 7) ist bitte abgesetzt, es ist das Stück 12) gegen die Stimmen des BZÖ, 13) gegen die Stimmen des BZÖ, 14) ebenso, 15) gegen die Stimmen der KPÖ, 16) auch gegen die Stimmen der KPÖ, es ist das Stück Nummer 17), das Stück Nummer 19) gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ, das Stück Nummer 20) gegen die Stimmen der KPÖ. Vom Nachtrag sind es die Stücke 1), 2) und 3) sowie das Stück Nummer 5) und 6).

10) A 8 – 674/2009-45

Straßenamt
Instandhaltung von
Verkehrssignalanlagen (VLSA)
Projektgenehmigung über € 125.500,- in
der OG 2010-2017

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG 2010 – 2017 wird die Projektgenehmigung „Instandhaltung von VLSA“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 125.500,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2010-2016	MB 2017
Instandhaltung von VLSA	125.500	2010-2017	Je 15.700	15.600

beschlossen.

Die Kosten für 2010 bis 2017 sind über die jeweiligen Eckwerte des Straßenamtes zu finanzieren.

12) A 8 – 743/2009-114

Personalamt;
SN1-Geldbezüge der Beamten
Kreditansatzverschiebung über
€ 1.583.300,- in der OG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG des Voranschlages 2009 werden folgende Fiposse erhöht:

Fipos	Text	Betrag
1.01100.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	44.700,00
1.82800.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	94.400,00
1.40000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	152.900,00
1.24010.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	285.700,00
1.46900.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	2.700,00
1.51300.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	36.700,00
1.90000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	14.100,00
1.90020.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	51.400,00
1.84000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	19.300,00
1.80120.501000	Geldbezüge der Beamten in handwerklicher Verwendung	33.300,00
1.80110.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	14.600,00
1.85100.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	11.900,00
1.03200.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	30.600,00
1.03100.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	25.200,00
1.03100.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	34.600,00
1.78900.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	29.800,00
1.27300.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	53.900,00
1.13100.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	68.500,00
1.16200.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	29.000,00
1.01800.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	63.000,00

1.01510.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	35.000,00
1.01600.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	37.100,00
1.00000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	231.000,00
1.02000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	36.700,00
1.20000.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	58.200,00
1.01400.500000	Geldbezüge der Beamten der Verwaltung	44.400,00
1.0000.522500	Geldbezüge nicht ganzjährig beschäftigter Ang.	44.600,00

Zur Bedeckung werden die Fiposse

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 763.000,-
1.08000.760000	„Pensionen und sonstige Ruhebezüge“ um	€ 237.000,-
1.01110.500000	„Geldbezüge der Beamten in der Verwaltung“ um	€ 400.000,-
1.01110.501000	„Geldbezüge der Beamten in hand- werklicher Verwendung“ um	€ 183.300,-

gekürzt.

Die Eckwerte der einzelnen Ämter werden wie folgt erhöht:

Amt	EW alt	EW neu
Personalamt	2.323.000,00	2.367.700,00
BürgerInnenamt (StR. Eisel-Eiselsberg)	3.879.900,00	3.974.300,00
Sozialamt	56.756.200,00	56.909.100,00
Amt für Jugend u. Familie	45.309.300,00	45.595.000,00
Ref.f. Frauenangelegenheiten	848.700,00	851.400,00
Gesundheitsamt	4.472.000,00	4.508.700,00
Finanz- und Vermögens- direktion	84.031.300,00	84.045.400,00
Abt.f. Abgaben und Steuern	2.320.000,00	2.371.400,00
Liegenschaftsverkehr	1.241.000,00	1.260.300,00

Liegenschaftsverwaltung	12.708.800,00	12.742.100,00
Städtische Werkstätten	521.700,00	536.300,00
Kanalbauamt	10.916.500,00	10.928.400,00
Stadtvermessungsamt	1.346.300,00	1.376.900,00
Abt. f. Verkehrsplanung	872.000,00	897.200,00
Stadtplanungsamt	1.265.500,00	1.300.100,00
Amt für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung	4.797.300,00	4.827.100,00
Kulturamt (StR. Grabner)	2.531.800,00	2.585.700,00
Bau- und Anlagenbehörde	3.350.900,00	3.419.400,00
Katastrophenschutz u. Feuerwehr	13.841.900,00	13.870.900,00
Magistratsdirektion	3.192.100,00	3.227.100,00
Abt. f. Informationsmanagement	4.685.100,00	4.722.200,00
Präsidialamt	12.845.000,00	13.157.300,00
Stadtschulamt	13.182.800,00	13.241.000,00
Stadtrechnungshof	694.900,00	739.300,00

13) A 8 – 743/2009-115

Finanz- und Vermögensdirektion;
Amt für Jugend und Familie;
Stadtbaudirektion;
1. Kreditansatzverschiebung über
€ 340.000,- in der OG 2009
2. Nachtragskredit über € 293.000,- in der
AOG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der OG des Voranschlages 2009 werden die neuen Fiposse

1.24000.754000	„Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts, SK 001, Verschiedene“ (AOB: 0600, DR 06400) mit	50.000,-
1.24010.754000	„Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts, SK 001, Verschiedene“ (AOB: 0600, DR 06400) mit	50.000,-

1.28000.754300	„Lfd. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts, SK 001, Verschiedene“ (AOB: 0800) mit	240.000,-
----------------	---	-----------

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben „ um	340.000,-
----------------	-------------------------	-----------

gekürzt.

Der Eckwert der Finanz- und Vermögensdirektion erhöht sich dadurch um € 240.000,- und der des Amtes für Jugend und Familie um € 100.000,-.

In der AOG des Voranschlages 2009 werden die neuen Fiposse

5.28000.774000	„Kap. Transferz. an sonst. Träger d. öffentl. Rechts,“ (AOB: BD00) mit	293.000,-
----------------	--	-----------

6.28000.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ (AOB. 0800) mit	293.000,-
----------------	---	-----------

geschaffen.

14) A 8 – 674/2009-46

Baudirektion,
ECR Energie City Graz-Reininghaus
Forschungsprojekt „Haus der Zukunft“
1. Projektgenehmigung über
€ 300.000,- in der AOG 2009-2011
2. Kreditansatzverschiebung über
€ 50.000,- und Nachtragskredit über
€ 50.000,- in der AOG 2009

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der AOG 2009-2011 wird die Projektgenehmigung „ECR-Energy City Graz-Reininghaus“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 300.000,- im Rahmen des AOG-Programms 2006-2010 der Stadtbaudirektion (€ 150.000,-) bzw. durch eine Entnahme aus der Feinstaubrücklage (€ 150.000,-)

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2009	MB 2010	MB 2011
ECR-Energy City Graz-Reininghaus	300.000	2009-2011	100.000	100.000	100.000

beschlossen.

In der AOG des Voranschlages 2009 wird die neue Fipos

5.03000.754000 „Lfd. Transferz. an sonst. Träger d.
öffentl. Rechts, ECR“
(Anordnungsbefugnis: BD00) mit € 100.000,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

5.03000.728230 „Entgelte für sonstige Leistungen,
Gutachter und Wettbewerb“ um € 50.000,-

gekürzt und die Fipos

6.03000.298002 „Rücklagen, Entnahme Feinstaubrücklage“
um € 50.000,-

neu geschaffen.

15) A 8 – 40946/08-23
A 15/8592/2006

ECO WORLD STYRIA – Umwelttechnik-
Netzwerkbetriebs GmbH

1. Bericht über die bisherigen Erfolge der
ECO WORLD STYRIA –
Umwelttechnik-Netzwerkbetriebs
GmbH

2. Gesellschafterzuschuss in der Höhe
von € 100.000,- für das Jahr 2010,
Abschluss eines Finanzierungs-
vertrages

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt gemäß §§ 87 Abs. 2 45 Abs. 2 Z. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 4172008 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Bericht über die Ergebnisse des Strategieprozesses der „Umwelttechnik-Netzwerkbetriebs GmbH“ ECO WORLD STYRIA wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Sinne der 15%-igen Beteiligung der Stadt Graz an der ECO WORLD STYRIA – Umwelttechnik und Netzwerkbetriebs GmbH wird vorbehaltlich der Beschlussfassung des Voranschlags 2010 und der Abschluss eines Finanzierungsvertrages, der einen integrierenden Teil der Beschlussfassung bildet, genehmigt.

Die Auszahlung des Gesellschafterzuschuss erfolgt zu Lasten der Fipos 5.78930.755000 „Lfd. Transfers an Unternehmungen“, AOB A 15, per 30.6.2010 aus dem Voranschlag 2010 auf das noch namhaft zu machende Konto der Umwelttechnik-Netzwerkbetriebs GmbH, Eco World Styria, Reininghausstraße 13, 8020 Graz.

16) A 8 – 039012/2009/0001
A 15/24191/2008

Neues Styria Headquarter –
Grundsatzbeschluss über städtische
Begleitmaßnahmen

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle den Motivenbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und die städtischen Abteilungen mit den Detailverhandlungen und der Ausarbeitung der entsprechenden Verträge, die in Umsetzungsbeschlüssen abermals dem Gemeinderat vorzulegen sind, beauftragen.

17) A 8/5-04488/2007

Anmietung von Teilen der Liegenschaft
Alte Poststraße 412, KG 63125 Webling
Grundstücke 252/17 und .242 von der
Grazer Bau- und Grünlandsicherung
GmbH (GBG) ab 1.12.2009 auf
unbestimmte Zeit für die Freiwillige
Feuerwehr und die Jugendfeuerwehr
Antrag auf Zustimmung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluss des Mietvertrages mit der GBG für Teile der Liegenschaft Alte Poststraße 412 wird zu den Bedingungen des beiliegenden Angebotsentwurfes durch Angebot und konkludente Annahme zugestimmt.

Die Stadt Graz optiert auf umsatzsteuerfreie Verrechnung des Mietzinses und verpflichtet sich im Gegenzug der GBG die Vorsteuernachteile (Berichtigung bereits getätigter Vorsteuerabzüge und laufende Vorsteuerkürzung) abzugelten.

Die Bedeckung der Mietkosten Dezember 2009 von ca. € 10.506,46 erfolgt auf der VASSt 1.02900.700500. Für die Folgejahre wurden die Mittel im Budget beantragt.

19) A 16 – 3094/2006

Gebührenänderungen
Kulturamt/Stadtbibliothek

Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 14 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 13071967 idF LGBl. Nr. 4172008, den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Jahresgebühr für Erwachsene beträgt ab 1. Jänner 2010 15,00 Euro, die Halbjahresgebühr 7,50 Euro. Für Kinder und Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) ist die Mitgliedschaft weiterhin kostenlos.

Das Postservice der Stadtbibliothek ist ab 1. Jänner 2010 für jede Mitgliedschaft eines Erwachsenen kostenpflichtig und beträgt 10 Euro pro Jahresmitgliedschaft. Ab 1. Jänner 2010 besteht somit die Wahlmöglichkeit zwischen einer herkömmlichen

Mitgliedschaft (15 Euro/Jahr) und einer erweiterten Mitgliedschaft (25 Euro/Jahr), die die Nutzung des Postservices inkludiert.

Analog zur derzeitigen Jahresgebühr gibt es auch hier die Möglichkeit, die Mitgliedschaft nicht nur jährlich, sondern auch halbjährlich zu bezahlen. Die Entscheidung zwischen den beiden Arten von Mitgliedschaft kann jeweils bei Erneuerung der Jahres- beziehungsweise Halbjahresmitgliedschaft getroffen werden. Eine Aufzahlung von einer Standardmitgliedschaft auf eine erweiterte Mitgliedschaft ist auch während des laufenden Mitgliedsjahres möglich. Die Nutzung des Postservices bleibt für Kinder und Jugendliche weiterhin gebührenfrei, für Personen mit Mobilitätsbehinderung ist die Zusendung an die Wohnadresse auch zukünftig kostenlos.

BesitzerInnen des Kulturpasses „Hunger auf Kunst und Kultur“ sind von der finanziellen Gebührenanpassung für das Jahr 2010 ausgenommen. Für diese Gruppe gelten die Gebühren 2009.

Im Sinne des Motivenberichtes erlangen die textlichen Änderungen der beiliegenden Benutzungs- und Gebührenordnung ab 1. Jänner 2010 Geltung.

20) GGZ-75531/2004

Tagsätze 2010

Der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren stellt den Antrag, dass nach Inkrafttreten der Verlautbarung der neuen Tagsätze gemäß § 38 Abs. 3 des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes 1999 KALG, LGBl. Nr. 66/1999, zuletzt in der Fassung LGBl.Nr. 124/2008, die Geriatrischen Gesundheitszentren die neuen Tagsätze wie im Anhang vorgeschlagen den PatientInnen verrechnen können.

NT 1) Präs. ZR00514/2009

Schenkung aus einem Nachlass an die
Stadt Graz;
Annahme

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz nimmt das Legat von Frau Siglinda Bücherl, geb. 7.6.1931, verstorben am 21.5.2002 im Sinne und Umfang des Kodizills vom 17.5.1995 an.

NT 2) Präs. 11636/2003-9

Gemeinsamer Schulausschuss;
Änderung der Zusammensetzung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im „Gemeinsamen Schulausschuss“ wird als Ersatzmitglied – an Stelle von Frau HOL Irmgard Otto – Herr Direktor Wolfgang Grabner entsandt.

NT 3) Präs. 6374/2005-2

Dachverband der Steirischen
Abfallwirtschaftsverbände;
Vertretung der Stadt Graz
a) in der Mitgliederversammlung
(Änderung);
b) im Vorstand (neu)

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Abfallwirtschaftsverband Landeshauptstadt Graz

- a) wird in die Mitgliederversammlung des Dachverbandes der Steirischen Abfallwirtschaftsverbände – anstelle von Herrn DI Johann Ofner - Frau DI Dr. Alexandra Loidl, Leiterin des Referates für Abfallwirtschaftscontolling, A 23 – Umweltamt, als ermächtigte Vertreterin von Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker entsandt;
- b) werden in den Vorstand des Dachverbandes der Steirischen Abfallwirtschaftsverbände Frau Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker als die zuständige Stadtsenatsreferentin und als deren ermächtigte Vertreterin

Frau DI Dr. Alexandra Loidl, Leiterin des Referates für Abfallwirtschaftscontrolling, A 23 - Umweltamt, entsandt.

NT 5) A 6 F – 002239/2003-0127

Resolution gegen Gewalt an Frauen

Der Gemeinderatsausschuss für Frauen, Gleichstellung und Genderpolitik stellt den Antrag,

1. der Gemeinderat wolle der vorliegenden und einen integrierenden Bestandteil des Gemeinderatsstückes darstellenden Resolution gegen Gewalt an Frauen, welche im Wege des Petitionsrechtes an die Österreichische Bundesregierung, den Österreichischen Nationalrat und die Steiermärkische Landesregierung übermittelt wird, zustimmen.
2. Informations- und Sensibilisierungsarbeit gegen Gewalt an Frauen wird als wichtige kommunale Aufgabe definiert.

NT 6) A 7-3695/05-2009-32

Lebensmittelkontrolle
Übertragungsverordnung, LGBl. 17/1982
Verwaltungsübereinkommen mit dem
Land Steiermark

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 18 Statut das einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Verwaltungsübereinkommen zwischen Land Steiermark und der Stadt Graz über die sämtliche Kontrolle der Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorschriften gemäß § 25 Abs. 1 LMSVG durch die Stadt Graz beschließen.

Die Tagesordnungspunkte 10), 17), NT 1), NR 2), NT 3), NT 5) und NT 6 wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 12), 13), 14), 15), 16), 19) und 20) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

3) A 1 – 55/2009-13
A 8 – 3733/2009-14

Dienstpostenplan 2010

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Hoher Gemeinderat! Der geltende Dienstpostenplan der Stadt Graz wurde vom Gemeinderat am 16.10.2008 beschlossen und im Rahmen der Beschlussfassung über den Voranschlag in das Jahr 2009 übernommen. Entsprechend dem geänderten personalwirtschaftlichen Verhältnis ist nunmehr die Aktualisierung dieses Dienstpostenplanes erforderlich. Der vorliegende Entwurf, der zum 1.1.2010 in Kraft treten soll, umfasst im Wesentlichen nachstehende Anpassungen. Es gibt Neuschaffungen von Dienstposten, primär in jenen Bereichen, die auch vom Ausnahmestopp ausgenommen sind und bei denen es auch zu keinem Aufnahmestopp kommen kann, nämlich im Sozialamt, insgesamt neun Dienstposten, im Amt für Jugend und Familie, insgesamt 28 Dienstposten und in der Abteilung für Grünraum und Gewässer mit drei Dienstposten. Im Lichte der Bemühungen um eine nachhaltige Budgetkonsolidierung und des in diesem Sinne ausgerufenen Personalstopps ist die Einziehung von freien Dienstposten vorgesehen. Wir sind übereingekommen, dass jahrelang nicht besetzte Dienstposten in den einzelnen Abteilungen, soweit es eben möglich ist, nicht weiter gehortet werden, sondern tatsächlich eingezogen werden und diese Einziehung betrifft vor allem den Bereich der zentralen Verwaltung. Insbesondere die Magistratsdirektion sowie das Präsidialamt und das Informationsmanagement, hier wurden insgesamt acht Dienstposten eingezogen, im Personalamt wurden vier Dienstposten eingezogen und in der Abteilung für Rechnungswesen ebenfalls vier Dienstposten. Auch in der Administration des Gesundheitsamtes sind Einsparungen von insgesamt fünf Dienstposten zu bezeichnen. Zahlenmäßig beinhaltet der vorliegende Entwurf die Schaffung von 50 Dienstposten und die Einziehung von 45 Dienstposten, zusätzlich gibt es vier sogenannte Einziehungssterne, das sind also jene Dienstposten, die eingezogen werden, wenn sie durch den derzeitigen Dienstnehmer/die

Dienstnehmerin nicht mehr besetzt sind. Ich möchte gerne erwähnen, dass es weiterhin im Dienstpostenplan geschützte Arbeitsplätze im Ausmaß von 166 gibt und dass wir auch Ausbildungsplätze für Lehrlinge insgesamt von 60 im Dienstpostenplan verankert haben. Wie wirken sich diese Dienstpostenveränderungen wirtschaftlich, finanziell im Budget aus? Die vorgesehenen Änderungen sind mit zusätzlichem Personalkosten im Ausmaß von rund 200.000 anzusetzen unter Ausklammerung, und das ist ein Hinweis auch auf eine unserer Budgetproblematik, unter Ausklammerung der Personalausweitung in der Kinderbetreuung, dort sind allein 28 neue Dienstposten zu schaffen; unter Ausklammerung dieser 28 Dienstposten hätten wir Einsparungseffekte in der Verwaltung in Höhe von 700.000 Euro pro Jahr. Die Mehrkosten sind im Sammelnachweis des Voranschlages 2010 berücksichtigt. Ich möchte mich an dieser Stelle nicht nur bei allen Abteilungsleitern und allen Personalvertretern in den Abteilungen bedanken für die sehr konstruktiven Gespräche, sondern auch bei der Personalvertretung des Magistrates, bei Herrn Wirtl mit seinem Team, wir haben sehr intensive Gespräche gehabt, die aber letztlich ohne Konflikte über die Bühne gegangen sind, wir konnten uns in allen offenen Fragen einigen. Der Ausschuss für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr sowie der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellen den Antrag, dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplans 2010 wird zugestimmt. Der Dienstpostenplan tritt mit 1.1.2010 in Kraft.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem in der Anlage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurf des Dienstpostenplanes 2010 wird zugestimmt. Der Dienstpostenplan tritt mit 1.1.2010 in Kraft.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

4) MD-23025/2009-12

Neuorganisation „Haus Graz“
Erhöhte Mehrheit zu Punkt 2 gem. § 45
Abs. 3 lit d Statut

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich habe schon erwähnt beim Budget, dass eine mittelfristige Budgetkonsolidierung ohne dieses große Reformprojekt nicht gelingen kann. Wir haben in den letzten Wochen sehr viel diskutiert, es hat auch einen Sondergemeinderat gegeben, bei dem wir das Projekt vorgestellt haben. Dazwischen hat es sehr, sehr viele Termine gegeben auch in den von der Reform betroffenen Magistratsabteilungen, selbstverständlich auch im größten kommunalen Betrieb, und zwar in den Stadtwerken. Ich denke, dass es deshalb möglich ist, jetzt bei der Berichterstattung die Kernpunkte dieser Reform nochmals hervorzuheben. Ausgangspunkt ist die Budgetsituation, die Stadt muss auf Basis von 2009 60 Millionen Euro nachhaltig einsparen, es ist vorgesehen, dass dieses Ergebnis bis in die Jahre 2012 bis 2015 gelingt. Diese 60 Millionen sollen aufgeteilt werden in 30 Millionen zusätzliche Einnahmen. Wir haben schon gehört, es geht um weitere Änderungen im Finanzausgleich, so schwierig diese auch für die Stadt Graz sein werden umzusetzen, es geht aber auch, wie heute schon ausgeführt, etwa um die Zweitwohnsitzabgabe. 15 Millionen sollen über Ergebnisverbesserungen der Beteiligung erwirtschaftet werden und 15 Millionen Euro Strukturmaßnahmen im Magistrat. Die Strategie dafür ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung, wir haben festgestellt, und das ist auch in Projekten, die ich dann noch kurz erwähnen werde, durchaus als Ergebnis gekommen, dass wir innerhalb des Hauses Graz sehr, sehr viele Parallelverwaltungen haben, Doppelgleisigkeiten, deren Beseitigung uns jedenfalls als wichtigen Beitrag für die Budgetkonsolidierung erscheinen lassen. Für diese Reform gelten folgende Prinzipien, die ich ganz kurz und prägnant, in den wichtigen Bereichen jedenfalls vollständig wiederholen darf. Wichtigstes Prinzip ist, dass nunmehr in Hinkunft nur mehr mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Gemeinderates Aufgabenbereiche der

Daseinsvorsorge privatisiert werden können, damit bekennt sich die Koalition ganz klar zur kommunalpolitischen Verantwortung, zur kommunalpolitischen Verantwortung in jenen Bereichen, die zur Daseinsvorsorge gehören, das ist etwa der gesamte Bereich der kommunalen Infrastruktur. Weiters erklärt sich die Koalitionsregierung aber auch bereit, oder jedenfalls will sie das in Angriff nehmen, dass innerhalb des Hauses Graz jede Aufgabe dort ihren Platz haben soll, wo sie nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit am besten umgesetzt werden kann. Dabei sind jedenfalls auch Energieeffizienz und ökologisches Handeln, nicht zuletzt das BürgerInnen-Service, zu beachten für die Bürgerinnen und Bürger für die ja diese Leistungen erbracht werden. Insgesamt werden durch die Bündelung kommunaler Aufgaben acht themenspezifische Organisationen dargestellt und die Politik wird damit versuchen, den derzeitigen Steuerungsaufwand, der sich über 30, Herr Kollege Grosz, auf über 30 Beteiligungen bezieht, zu bündeln, zu reduzieren und damit überhaupt erst gestaltbar zu machen. Der Zugang zur kommunalen Dienstleistung soll aus sozialen Gründen für alle BürgerInnen vorhanden sein, dies zu sichern, wird Aufgabe der Politik und auch der einzelnen politischen Ressorts sein. Für die Aufnahme von MitarbeiterInnen und für Leitungsfunktionen gilt, dass die besten Köpfe nachweislich in einem transparenten und objektiven Verfahren ausgewählt werden soll. Im Beteiligungscontrolling der Stadt werden Benchmarkings aufbereitet und betriebswirtschaftliche Ziele formuliert. Ich möchte gerne noch auf das wichtige Prinzip bezüglich der MitarbeiterInnen kommen. Für die MitarbeiterInnen werden motivierende Rahmenbedingungen und sichere Arbeitsplätze geboten, dazu werden wir heute auch noch ein weiteres Stück haben. Von den MitarbeiterInnen wird aber auch die Bereitschaft zur Veränderung und einen engagierten Einsatz im Rahmen ihrer Möglichkeiten erwartet. Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sollen weder verstärkt noch verfestigt werden, sondern im Gegenteil durch die strukturellen Maßnahmen abgebaut werden. Diese Prinzipien sind auch in den Satzungen der Töchtergesellschaften, der Töchter und Beteiligungen der Stadt unterzubringen. Als letztes Prinzip möchte ich noch gerne den internen Arbeitsmarkt nennen. Das Haus Graz beschäftigt insgesamt 7.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn der Aufnahmestopp gelingen soll und damit der Abbau von Beschäftigten, nicht durch Kündigungen, wie manchmal auch falsch behauptet wird, sondern ausschließlich durch den natürlichen Abgang, dann ist es erforderlich, dass besonders motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich

durchaus auch gegebenenfalls und im Falle von Notwendigkeiten für andere Arbeitsplätze als die, die sie derzeit einnehmen, zur Verfügung stellen, dazu wird ein interner Arbeitsmarkt eingerichtet. Das sind die Prinzipien von diesem Haus Graz neu ordnen. Wir haben zunächst in einer intensiven Projektphase in insgesamt vier Projekten Entscheidungsgrundlagen finanzwirtschaftlicher und wirtschaftlicher Art ausgearbeitet mit Teams, die sich aus den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Personalvertretern in den Abteilungen zusammengesetzt haben. Es sind dies die Fachprojekte Informationsmanagement, Immobilienmanagement, Kanal, Wirtschaftsbetriebe und Abfall. In diesen Projektgruppen, die auch extern begleitet worden sind, es sind eine Menge von qualitativen und quantitativen Potentialen ausgearbeitet worden. Ich darf zunächst die qualitativen Potentiale nennen, weil sie für die Zukunft dieser Betriebe und auch für die Stadt besonders wichtig sind. Es hat sich gezeigt in den Projekten, dass eine Zusammenführung der genannten Leistungen, vor allem im Bereich der Infrastruktur, eine bessere Abstimmung der strategischen Mittelfrist- und Langfristplanung ermöglicht. Es hat sich gezeigt, dass auch eine bessere Abstimmung bei der Investitionsplanung gegeben ist. Die Zusammenführung in zentrale Gesellschaften bietet weiter die Möglichkeit, MitarbeiterInnen bereichsübergreifend und flexibel einzusetzen. Zu den quantitativen Potentialen gibt es eine Summe, die jährlich zwischen acht und zehn Millionen benannt werden kann, es wird selbstverständlich einen längeren Umsetzungszeitraum in Anspruch nehmen, um die acht Millionen tatsächlich zu realisieren. Wir gehen davon aus, dass das spätestens ab 2015 der Fall sein wird. Ich darf Ihnen nun die Eckpunkte und die Konsequenzen dieses neuen Organisationsmodells Haus Graz kurz darstellen. Wesentlicher Schritt in dieser Neuordnung ist die Umwandlung der Graz AG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung und damit auch eine stärkere strategische Steuerung durch den Gemeinderat unter den in der Stellungnahme, die beigelegt ist, erarbeiteten Rahmenbedingungen. Die wichtigsten Rahmenbedingungen dazu sind folgende: Zunächst einmal soll eine stärkere strategische Steuerung über die Genehmigung im Gemeinderat der mittelfristigen Finanzplanung, der mittelfristigen Ergebnisplanung der Beteiligungen und auch der mittelfristigen Investitionsplanung erfolgen. Das sind die entscheidenden strategischen Instrumente, die auch auf die, nicht nur im Magistrat, sondern auch auf die Beteiligungen angewandt werden müssen, um den Ergebniserfolg, eben eine Verbesserung von 15 Millionen Euro pro Jahr, erzielen zu

können. Es ist andererseits nicht beabsichtigt, dass der Gemeinderat in operative Angelegenheiten der Beteiligungen eingreifen kann. Dies soll ermöglicht werden, indem Weisungen via Dringlichkeitsantrag ausgeschlossen sind. Anträge im Gemeinderat können ausschließlich der Finanzstadtrat in finanziellen Angelegenheiten sowie inhaltlich angesprochene Finanzstadträtin oder -stadtrat in inhaltlichen Dingen. Ich darf ganz kurz noch zu den Konsequenzen für das Personal kommen. Die städtischen MitarbeiterInnen werden den jeweiligen neuen Organisationseinheiten zugewiesen, durch ein eigenes Personalübereinkommen, das heute auch noch zur Diskussion steht, ist sichergestellt, dass die Rechte, die dienstrechtlichen Positionen und auch die arbeitsrechtliche Situation für diese Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch die Umwandlung und durch das Haus Graz neu ordnen jedenfalls nicht verändert wird. Ich komme damit zum Antrag. Der Gemeinderat möge folgende Punkte entsprechend der einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Beilagen beschließen: 1. Der Bürgermeister und Finanzstadtrat werden beauftragt, die Projekte Neuausrichtung der IT-Organisation und IT-Strategie für das Haus Graz, das Immobilienmanagement, das Projekt Infrastruktur (Wirtschaftsbetriebe gesamt, Abfall, Wasser und Kanal) sowie die Querschnittsprojekte Rechts- und Organisationsfragen im Beteiligungsbereich und Personalfragen im Haus Graz umzusetzen und die notwendigen Organbeschlüsse herbeizuführen. 2. Der Gemeinderat stellt an das Land Steiermark die Petition, durch Novellierung des Statutes die Absicherung der Daseinsvorsorge nachhaltig zu verankern. 3. Die Empfehlung für die Objektivierung von Bezügen von Führungskräften in städtischen Unternehmen bei der Neubesetzung von Führungspositionen inklusive der Regelung der Gehaltsobergrenzen analog zur im Land Steiermark getroffenen Bezüge-Regelung sind anzuwenden. 4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die notwendigen Schritte zu setzen, die Graz AG in eine GmbH bis Ende Juni 2010 umzuwandeln. Ich bitte um Annahme des Antrages. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge

folgende Punkte entsprechend der einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Beilagen beschließen:

1. Der Bürgermeister und Finanzstadtrat werden beauftragt, die Projekte „Neuausrichtung der IT-Organisation und IT-Strategie für das Haus Graz“, „Immobilienmanagement2, „Infrastruktur (Wirtschaftsbetriebe gesamt, Abfall, Wasser und Kanal)“ sowie die Querschnittsprojekte „Rechts- und Organisationsfragen im Beteiligungsbereich“ und „Personalfragen im Haus Graz“ umzusetzen und die notwendigen Organbeschlüsse herbeizuführen.
2. Der Gemeinderat stellt an das Land Steiermark die Petition, durch Novellierung des Statutes die Absicherung der Daseinsvorsorge nachhaltig zu verankern (Kapitel 3.3).
3. Die „Empfehlungen für die Objektivierung von Bezügen von Führungskräften in städtischen Unternehmen“ (StRH-Bericht StRH-13072/2009) bei der Neubesetzung von Führungspositionen inklusive der Regelung für Gehaltsobergrenzen analog zur im Land Steiermark getroffenen Bezüge-Regelung sind anzuwenden.
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die notwendigen Schritte zu setzen, die Graz AG in eine GmbH bis Ende Juni 2010 umzuwandeln.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Auf Grund der Tatsache, dass ein Beschluss eines solchen Stückes auch das Versprechen unsererseits gegeben wurde, auch das Nachtragsstück Nummer 4) heute mitzubeschließen, schlage ich vor, dass Gemeinderat Willi Kolar dieses Stück Projekt Haus Graz Neu Ordnen, Abschluss eines Personalübereinkommens, jetzt gleich referiert und das wir diese beiden Stücke dann auch parallel diskutieren und dann auch zur Beschlussfassung dann aufrufen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.40 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 4) A 1-1565/2003-2

Projekt „Haus Graz Neu Ordnen“:
Abschluss eines Personalüber-
einkommens

GR. **Kolar**: Werte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Bürgermeister! Ich darf hier dieses Personalübereinkommen kurz referieren. Es bezieht sich auf ein Zuweisungsgesetz, welches der Steiermärkische Landtag 2003 beschlossen hat und bei Ausgliederungen, Neustrukturierungen hier diese Zuweisung zur Anwendung zu bringen ist und das ist hier in diesem Stück mitausgeführt. Es wurde im Bereich dieses Personalübereinkommens letztendlich wie von Stadtrat Dr. Rüschi hier dargelegt die rechtlichen Grundlagen, dienst- und besoldungsrechtlicher Art und auch die sozialrechtlichen Grundlagen festgeschrieben und es geht auch darum, dass hier für die Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, die zugewiesen werden, ein Kündigungsschutz im Sinne dessen, was hier aus organisatorischen Gründen innerhalb von drei Jahren hier im Umstrukturierungsprozess ab der Zuweisung nicht gekündigt werden können, soviel zu meiner Berichterstattung.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle auf Grund des § 45 Abs. 2 Z. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967, i.d.g.F., das in der Beilage dem vorliegenden Antrag im Entwurf angeschlossene Personalübereinkommen genehmigen.

GR. **Kolar**: Wenn ich gleich, Herr Vorsitzender, eine kurze Wortmeldung wieder anbringen darf zu diesem Stück. Ich möchte mich hier für die, oder anders angefangen, ich habe das letzte Mal hier gesagt, Sozialpartnerschaft verstehen wir in diesem Haus nicht nur als Informations-, sondern wirklich auch als Verhandlungsgrundlage und als Verhandlungsqualität. Diese Verhandlungsqualität ist in diesem Hause eingehalten worden, und ich möchte hier von meiner Seite her als Vorsitzender auch der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der das

mitverhandelt hat dieses Stück, allen Beteiligten, besonders auch dem Herrn Personalreferenten Stadtrat Rüschi, dafür danken, dass es hier zu diesem konstruktiven Abschluss gekommen ist (*Applaus SPÖ, ÖVP und Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi! Ich möchte, bevor ich hier meine Wortspende abgebe, meinen Unmut aussprechen, der mir schon bei etlichen Sitzungen eigentlich im Hals steckenbleibt und zwar anscheinend ist die Gemeinderatssitzung dem Herrn Bürgermeister nicht wichtig genug und vor allem, dass er bei einem Stück derartiger Größenordnung es nicht der Mühe wert findet, im Sitzungssaal zu bleiben und sich die Wortmeldungen anzuhören (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

GRin. **Bergmann:** Das ist mir egal. Ich empfinde es als eine Missachtung des Gemeinderates, wenn der Herr Bürgermeister permanent der Gemeinderatssitzung fernbleibt (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das stimmt überhaupt nicht.

GRin. **Bergmann:** Das wollte ich zu Anfang eigentlich sagen, weil es mir wirklich auf der Zunge gelegen ist. Ich kann mich noch gut erinnern, als im Jahr 2003 Herr Bürgermeister Nagl sein Amt übernommen hat. Damals hat er in seiner Antrittsrede begeistert vom Unternehmen Graz gesprochen. Mit dem heutigen Beschluss zum

Haus Graz Neu Ordnen ist seine Vision von damals endgültig in Erfüllung gegangen. 100 % der Daseinsvorsorge werden heute in privatrechtlichen Gesellschaften verankert und somit den Gesetzen des freien Marktes unterworfen. Für jemanden mit rein unternehmerischem Denken anscheinend die optimale Form, eine Stadt zu führen. Unserer Ansicht nach hat der Staat beziehungsweise die Kommune jedoch andere Aufgaben zu bewältigen als ein Unternehmen auf dem freien Markt und kann daher auch nicht wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen geführt werden. Die Kommune ist ihren Bürgern und Bürgerinnen verpflichtet und zwar allen, besonders jedoch den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Sie hat die Pflicht, die Daseinsvorsorge allen Menschen leistbar zur Verfügung zu stellen, soziale Aufgaben zu erfüllen und für ein friedliches Miteinander der Menschen in der Stadt zu sorgen (*Applaus KPÖ*), Dinge also, die nicht nur profitorientiert und ausschließlich nach dem Gesichtspunkt der Kostendeckung betrachtet werden können. Für einige Bereiche wird es immer Zuschussleistungen benötigen. Es ist eben doch alles eine Frage der Umverteilung der Mittel. Es ist schon klar, auch eine Kommune muss gut wirtschaften können, Geld dort ausgeben, wo es unbedingt gebraucht wird und Prioritäten setzen. Dass dies auch funktionieren kann, dafür gibt es in Graz durchaus gute Beispiele mit den Eigenbetrieben, Wirtschaftsbetriebe und GGZ. Auch ohne GesmbH oder Aktiengesellschaft ist es durchaus möglich, gut und sparsam zu wirtschaften, Kostentransparenz aufzuzeigen und verantwortungsvoll zu arbeiten. Dies ist auch bei genauem Hinschauen dem Bericht des Stadtrechnungshofes zu entnehmen. In den vergangenen Jahren wurden viele Gesellschaften im Eigentum der Stadt Graz gegründet, immer unter dem Vorwand, eine GesmbH kann wirtschaftlicher und sparsamer agieren als eine Magistratsabteilung. Sie kann die Steuervorteile besser nutzen und somit bessere Ergebnisse erzielen. Allein die Budgetkosmetik zugunsten des Maastrichterergebnisses war dafür verantwortlich. Schulden auszulagern, damit sie nicht budgetwirksam werden, war ein wesentlicher Grund mehr. Heute wird argumentiert, dass diese große Strukturveränderung aus Gründen wie zum Beispiel zu viele Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung und bei den Zuständigkeiten sowie in den Beteiligungen. Zu viele Gesellschaften mit zu hohen Overheadkosten und zu vielen Führungskräften. Jeder hat seine eigene Abteilung, wie zum Beispiel der IT-Bereich, die Buchhaltung und anderes. Aufgabenbereiche, die zusammengehören, sind gesplittet und in verschiedene Abteilungen der Stadt und in den Beteiligungen angesiedelt. Ich frage mich, wer war in den letzten sieben bis zehn Jahren dafür

verantwortlich dass es soweit gekommen ist? Wer hat der Gründung dieser vielen Gesellschaften und somit der Aufgabensplittung die Zustimmung gegeben? Ich erinnere mich daran, dass 2006 die AEVG von den Wirtschaftsbetrieben getrennt wurde und Anteile von der Stadt an die Graz AG abgetreten wurden. Heute steht man auf dem Standpunkt beides gehört wieder zusammen. Natürlich ausgegliedert. Allein die Argumentation, diese Umstrukturierung heute ist unbedingt notwendig für die Stadt Graz, um einen geordneten Haushalt für die Zukunft zu gewährleisten ist für uns nicht haltbar. Keiner kann heute sagen, wohin die Strukturreform die Stadt Graz führen wird. Wenn wir davon ausgehen, mit welchen Argumenten die vielen Ausgliederungen der Vergangenheit begründet wurden und wo die Stadt heute steht, lässt uns dies nicht an die heutigen Voraussagen von ÖVP und Grünen glauben, sondern es beschleicht uns dabei ein äußerst ungutes Gefühl. Die errechneten Einsparungen und die anfallenden Kosten für die Umstrukturierung, welche bis heute für uns noch gar nicht beziffert wurden, rechtfertigen diese umfangreichen und nur äußerst schwer rückgängig zu machenden Beschlüsse keinesfalls. Dazu möchte ich auch einige Worte, die im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes auf Seite 26 sind, anführen. Hier wird angeführt, dass grundsätzlich auch ein Eigenbetrieb eine taugliche Rechtsgrundlage für die Führung von wirtschaftlichen Unternehmen darstellen, da zu m gegenwärtigen Zeitpunkt bereits erhebliche Betriebe und Betriebsteile sowie Vermögenswerte in selbständige Rechtsträger abgebildet sind, würde eine Rückverlagerung auch nur von Teilen dieser zu verhältnismäßigen Transaktionskosten führen und scheidet daher aus. Sehr geehrte Damen und Herren, bedenken Sie, dass Sie heute bei dieser Abstimmung für weitreichende kaum mehr rückgängige Veränderungen in dieser Stadt die Verantwortung übernehmen. Danke. Weiters möchte ich noch einen Antrag auf geheime Abstimmung dieses Stückes stellen (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Kollegin Bergmann, Sie können sich laut Statut durchaus nochmals zu Wort melden, aber ich bitte einfach im Sinne einer gemeinsamen Vereinbarung und auch einer gemeinsamen Vorgehensweise, die vereinbarte Redezeit tatsächlich einzuhalten.

StRin. **Edlinger** zur Geschäftsordnung: Nur eine kleine Anmerkung zur Geschäftsordnung. Es würde der Regierungskoalition, denke ich, mir durchaus auch gut anstehen, bei so einem Stück mit so einer Tragweite, wo es quasi zu einem Totalumbau des Hauses Graz kommt, dass man hier eine andere Redezeit vorsieht als bei jedem anderen Gemeinderatsstück (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dazu sind zwei Kommentare zu machen. Erstens einmal wäre es möglich gewesen über Antrag der Klubs, die Redezeit zu verlängern, wie das beim Budget ebenfalls der Fall war und zum Zweiten nochmals der Hinweis, die Frau Kollegin Bergmann kann sich gerne, auch laut Statut, ein weiteres Mal zu Wort melden. Es gab jedenfalls keinen Antrag von keinem Klub, dass die Redezeiten grundsätzlich für dieses Stück verlängert werden sollen.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch zu später Stunde ein wertvolles und umfassendes Stück. Ich habe vier Anmerkungen dazu zu machen, kündige auch an, wenn die Redezeit nicht ausreicht, nehme ich von meiner zweiten Wortmeldung in Anspruch. Zum einen möchte ich gerne die Anerkennung aller Beschäftigten zum Ausdruck bringen von unserer Fraktion, die auch hier sich eingebracht haben und viele Vorschläge erarbeitet haben. Das gilt vorwiegend hinsichtlich der Beschäftigten in den magistratischen Abteilungen und in den Beteiligungen. Jedoch wenn ich auf die politische Ebene schaue, dann macht sich schon Verwunderung breit. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ja schon hier im Hause eine Präsentation gehabt zum Haus Graz mit Vorstellungen von diesen vier Bereichen, und wenn wir uns die Zielvorgaben anschauen, dann war doch klar, dass alle sagen, na ja die Zielgruppen an die Projekte waren, dass im Abfall zehn Prozent einzusparen waren oder sind, im IT-Bereich ebenfalls zehn Prozent, ebenso im Bereich der Immobilien (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) soll eine nachhaltige Einsparung von zehn Prozent, im Abwasser- und Wasserbereich ebenfalls zehn Prozent erreicht werden. Wenn ich das Gemeinderatsstück anschau, Herr Stadtrat, das Sie vorlegen, dann steht dort drinnen, 60 Millionen sollen hier

eingespart werden und jetzt tue ich mir aber ein bisschen schwer. Mein Taschenrechner spuckt diese Zahlen nicht aus, wenn man zusammenzählt, nämlich ganz einfach, wenn die Tabellen hergenommen werden, die hier vorgelegt wurden und die Einsparungsziffern den Ausgaben gegenübergestellt werden, sehr geehrter Damen und Herren, dann kommen wir im nächsten Jahr auf ein Einsparungspotential von einem Prozent. Halten wir die Zahlen, die Ausgaben von 119 Millionen, in diesen Bereichen, also zusammengerechnet, konstant, dann kommen wir im Jahr 2011 auf 4,9 %, das steigt ein bisschen an, nur es ist weit und breit keine Sicht von den zehn Prozent. Und wenn ich zu diesen Ausgaben noch dazuzähle die Indexierung, steigende Investitionskosten oder Personalkosten, dann ist von zehn Prozent und von diesen Millionen, die Sie hier genannt haben, weit und breit nichts in Sicht. Ja, da stellt sich wirklich eine Überlegung dar, Sie haben argumentiert, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP und den Grünen, Doppelgleisigkeiten, Ineffizienz usw. Ja wenn diese Zahlen eine andere Sprache sprechen, dann muss man doch davon ausgehen, dass diese Stadtverwaltung gut aufgestellt ist und nicht so ineffizient ist und so schlecht, wie Sie behaupten. Und das Zweite, wenn diese Reorganisation auf Grund dessen, weil die Tatsachen hier kolportiert werden, die nicht stimmen, durchgezogen werden, dann ist es eine klare Zielverfehlung hinsichtlich der ursprünglichen Aufgabe, die Sie sich gestellt haben, und schlussendlich vielleicht sollte es Sie interessieren, Herr Stadtrat Rüscher, schlussendlich ist es doch ein wesentlicher Punkt, bleibt doch die Überlegung über, was wollen Sie mit dieser Organisation und Reorganisation, wollen Sie ausschließlich mehr Macht und Einfluss von ÖVP und Grün ausüben? Dieser Verdacht erhärtet sich auch in einem zweiten Argument. Herr Stadtrat, Sie haben uns erklärt, dass der Gemeinderat mehr Transparenz erhalten wird, wir sind eingeladen nach Ihrer Darstellung, die sogenannten Finanzpläne zu beschließen, die Investitionsplanung, ja, das ist richtig, das haben Sie uns vorgelegt, aber wenn man genau hinschaut, was nämlich übrig bleibt und wichtig ist für die Bürgerinnen und Bürger, dort wo es um Gebühren- und Tarifierhöhungen geht, hier wird es auch klar im Stadtrechnungshofbericht zum Ausdruck gebracht, dass es ausschließlich hier der Rathauskoalition ansteht, zwar ist hier schon die, können Sie nachlesen, Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, steht im Bericht drinnen, ist schon klar, dass die Zuordnung hier durch die Stadtregierung erfolgt, aber hier ist es nicht mehr dem Gemeinderat zugeordnet, und im Endeffekt bleibt nur hinsichtlich der Gebühren und der

Einnahmen übrig oder hinsichtlich der Kosten und Zahlen, die Sie uns hier vorlegen, dass es ausschließlich über Einnahmenerhöhungen durch Gebühren Sie auf diese Zahlen kommen, anders ist es hier nicht möglich. Und abschließend der vierte Punkt, die Alternativüberlegung, Kollegin Bergman hat es angestellt, sind von vorneherein außer Acht geblieben, es ist nicht inkludiert gewesen, dass Eigenbetriebe verstärkt operativ tätig werden oder hier andere Überlegungen, Organisationsformen auch bedacht wurden. Sehr schade, ich denke, hier ist einiges außen vor geblieben, das Graz gut getan hätte, die Grazer Betriebe sind nicht ein Steuerungsunternehmen von ÖVP und Grün, die Unternehmen gehören den Grazerinnen und Grazern und haben Leistungen für die Grazerinnen und Grazer zu erbringen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umwandlung der Graz AG in eine GesmbH hat sich nach eingehender Prüfung als der absolut falsche Weg erwiesen. Aus Bürgersicht macht das nämlich überhaupt keinen Sinn, Beamte, Vertragsbedienstete der hoheitlichen Verwaltung in eine GesmbH zu transferieren und dort irgendwo zu verstecken, weil man vielleicht auch nicht die adäquaten Einsatzbereiche hat. Allein der Verzicht der Eigentümer auf die Haftungsübernahme von Aufsichts- und Vorstandsmitgliedern bei Verschulden, wie dies für eine AG zwingend festgeschrieben ist, ist bei der Größe und Bedeutung des Unternehmens Graz AG komplett verkehrt und zusätzlich raubt die missliche Liaison aus Schwarz/Grün dem Vorstand notwendige und zweckmäßige unternehmerische Freiheiten, denn während GesmbH Geschäftsführer politisch jederzeit an die Kandare genommen werden können, verfügen Vorstandsmitglieder einer AG über die Unabhängigkeit nur aus wichtigem Grund durch einen Aufsichtsratsbeschluss abberufen werden zu können. Auch besteht in einer AG Weisungsfreiheit des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat und der Hauptversammlung. Man sieht, es gibt da wesentliche Unterschiede, und ein Unternehmen scheitert meistens nicht an irgendeiner operativen Fehlleistung, sondern es sind die strategischen Fehler, die ein Unternehmen auf Sicht ruinieren können und dies scheint in diesem Fall der Fall zu sein. Beteiligungen der Stadt Graz haben natürlich den Sinn, Leistungen der Grazerinnen und Grazer maximal kostengünstig, sparsamst und penibel effizient anzubieten. Im Bereich der Daseinsvorsorge, wo wir keinen Markt haben, gelten

natürlich die grundlegenden Richtlinien für jede öffentliche Verwaltung, nämlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. So wie es im Bereich der Abfallwirtschaft jetzt schon gelaufen ist, dass man Gebühren einhebt, die weit, weit über den Kostendeckungsgrad hinausgehen, ist eigentlich ein Abzocke der Bürgerinnen und Bürger und wäre jetzt schon der hoheitlichen Verwaltung absolut beiseite zu lassen gewesen. Was bleibt, bei einer Umwandlung in eine GesmbH kann die Geschäftsführung geknebelt werden, es bleibt ihr nicht entsprechende Luft zum Atmen, sie verliert die entsprechende Luft und wird rot und blau oder eigentlich müsste man schwarz und grün sagen, die Natur zeigt, dass man dann meistens nicht mehr zu retten ist. Das BZÖ als Reformdemokraten sagt ja zu Reformen, die den Grazerinnen und Grazern wirksam und nachhaltig nützen, Ausgliederung unternehmerischer Bereiche des Managements machen daher Sinn, besonders dann, wenn zusätzliches Know-how von außen zugeführt werden kann, das sieht man nicht, vielleicht sollte die Stadt Graz durchaus bei der zweitgrößten Stadt in der Steiermark hier einmal einen Nachhilfekurs nehmen, weil hier nämlich wirklich sehr gute Kooperationsmodelle auch mit Privaten gefunden werden, die der Stadt wirklich nützen. Das BZÖ wird den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen. Danke sehr.

Zwischenruf GR. Grosz: Stimmzettel.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Der Antrag der KPÖ war Antrag auf geheime Abstimmung.

GR. Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat, den Bürgermeister kann man leider nicht mehr begrüßen,...

Zwischenruf GR. Grosz: Ist eigentlich ein Durchgehhaus.

GR. Mag. **Korschelt**: ...Vizebürgermeisterin kann man auch nicht mehr begrüßen, deswegen richte ich meine Worte an den Gemeinderat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zuerst einmal zur Kollegin Bergmann, ich möchte Ihnen gratulieren zu Ihrer Wortmeldung, das ist genau das, was ich auch so sehr lange hier im Hause empfinde, aber nicht nur hier im Haus, sondern wie wir ja gesehen haben auch bei der Feuerwehr auswärts. Der Bürgermeister findet es nicht der Mühe wert, bei wichtigen Stücken hier zu bleiben, der Finanzreferent ist mehr als 50 % der Zeit, während über sein Budget von anderen Fraktionen gesprochen wird, nicht hier im Haus und das Gleiche, die Frau Stadträtin hat das heute ja gesagt, das Gleiche war auch beim Bezirksausschuss, wo es ja um, Kollege Eichberger war ja auch dort, um relativ wichtige Sachen geht, auch die zuständige Feuerwehrreferentin hat es nicht der Mühe wert gefunden, die Sitzung bis zum Ende zu begleiten. Jetzt zum Stück Graz. Ich will da gar nicht mehr viel sagen, weil es ist eh schon sehr viel gesagt worden, auch in der Sondersitzung, möchte nur auf zwei Punkte eingehen, den Punkt drei, den du, Herr Stadtrat, ja auch eingebracht hast, auch damals bei der Sitzung des Ausschusses, wo es darum gegangen ist, eine Änderung der Erhöhung der Bezüge von der im Gemeinderat vorgeschlagenen Obergrenze auf den Bürgermeister jetzt auf den Landeshauptmann. Ich glaube, ich weiß nicht, ob die Herren jetzt da sind, ich glaube sie sind nicht da, aber ich glaube, es handelt sich hier in dem Fall um eine klassische Anlassgesetzgebung, weil es gibt zwei oder drei Herren, die mehr verdienen als wie der Bürgermeister in den Teilgesellschaften oder in Untergesellschaften der Stadt Graz, und für die zwei oder drei Herren oder Damen vielleicht die zukünftigen, für die soll das jetzt erhöht werden, also da fehlt mir ein bisschen das Verständnis, wo heute immer große Sparappelle gerichtet werden hier im Haus, und dann geht man eigentlich mit einem Federstrich her und bringt einen neuen Antrag ein, wo man sagt, nein wir gehen wieder einmal in die Knie und erhöhen das, weg von der Grenze, die ja nicht unbedingt schlecht ist, von der Grenze und gehen jetzt auf die Grenze des Landeshauptmannes. Und dann, der Kollege Kolar zeigt gerade auf, auch du, wie gesagt, ich will das lateinische Wort oder das medizinische Wort will ich nicht sagen, sondern ich will nur sagen, dein Betragen erscheint mir als sehr zwiespältig, auf der einen Seite bist du hier eingebettet in deine SPÖ-Fraktion, die gegen das Haus Graz stimmt, auch groß mobil macht dann, die Straßenbahnen nicht oder beziehungsweise aufmarschieren lassen will oder die Busse nicht oder nicht aufmarschieren lassen will und auf der

anderen Seite bringst du als Obmann der Gewerkschaft den Antrag ein, diese doch stattlichen Privilegien auch zu transportieren. Also hier verstehe ich das nicht, ich bin sehr lange schon in der Gewerkschaft, also ich werde nicht sagen, dass ich deswegen aus der Gewerkschaft austreten werde, das wäre ein Blödsinn. Diesen Erfolg würde ich dir sicher nicht antun, aber wie gesagt, für mich ist es unverständlich, weil entweder bin ich für etwas, dann kann ich nicht sagen, auf der einen Seite bin ich Gemeinderat, auf der anderen Seite bin ich Personalvertreter, du hast es mir eh schon einmal erklärt, ich werde es trotzdem nicht verstehen, für mich ist es unverständlich, weil ich bin genauso, aber wahrscheinlich länger wie du, Personalvertreter und sitze genauso im Aufsichtsrat einer großen Firma, und wenn ich im Aufsichtsrat dagegen stimme (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dann stimme ich auch nicht, wenn ich im Aufsichtsrat einer Firma dagegen stimme, dann stimme ich auch nicht im Betriebsrat oder was dafür, also das ist für mich unverständlich, aber du musst eh mit dem leben und wie du damit lebst, haben eh die letzten Meinungsumfragen der Kronen Zeitung gezeigt, ein Erfolgserlebnis haben sie eh gezeigt, wie es dir weitergehen wird und so wird es weitergehen. Also in diesem Sinne, ist es natürlich nicht verwunderlich, dass wir auch von der FPÖ dem Haus Graz unsere Zustimmung verweigern werden (*Applaus FPÖ*).

GR. Pogner: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus meiner Sicht war beim Haus Graz vor allem wichtig, dass den Kolleginnen und Kollegen innerhalb des Magistrates und auch bei der Graz AG was Gutes getan wird und sprich, dass keiner Angst haben muss, was auch der Herr Bürgermeister und auch die Frau Vizebürgermeister immer wieder versprochen hat. Es hat lange und schwierige Verhandlungen gegeben und ich möchte meinen Dank hier Ausdruck verleihen, nämlich dem Herrn Bürgermeister, der Frau Vizebürgermeister, auch dem Willi Kolar, der sich sehr dafür eingesetzt hat, dass dieses Personalübereinkommen getroffen wurde. Mitgearbeitet haben auch vor allem der Wolfgang Skoff und der Gerhard Wirtl, er sitzt da hinten, auch dir Gerhard, herzlichen Dank, und einer von der Beamtenschaft, den ich hier nicht unerwähnt lassen möchte, er ist auf der Galerie, das ist der Dr. Kalcher. Danke vielmals, dass dieses Ergebnis, dieses Personalübereinkommen so zustande gekommen ist. Was mich wiederum etwas

überrascht, ist jetzt die Haltung der SPÖ. Die SPÖ als solche, die wiederum gesagt haben, na also bei diesem Stück gehen wir jetzt nicht mit und da verstehe ich jetzt die Welt nicht mehr ganz. Auf der einen Seite verhandelt der Willi, auch FSG, ist ja eine Teilorganisation der SPÖ für die SPÖ, dieses Personalübereinkommen und auf der anderen Seite geht man dann nicht mit und wenn ich mir anschau, wie die Gewerkschaft zum Haus Graz steht, dann kann ich nur sagen, die Gewerkschaft feiert schon lange das Haus Graz. Der Adventkalender der FSG, der im Magistrat verteilt wurde zeigt Haus Graz, na na also (*Applaus ÖVP*). Meine Herrschaften von der SPÖ, wo sind wir denn, sind wir auf der einen Seite oder sind wir auf der anderen Seite? Zerreißt euch ein bisschen oder was tut ihr? Eines muss ich auch noch dazusagen, also mich wundert es ja auf der anderen Seite wieder gar nicht, und das ist ja für uns eher, für die Koalition würde ich meine, eine Auszeichnung, wenn die SPÖ bei dem Projekt Haus Graz nicht dabei ist. Denn ganz einfach, die wirtschaftliche Kompetenz der SPÖ hat sie ja schon bewiesen unter BAWAG, Konsum, ARBÖ oder Neue Zeit, da haben sie bewiesen, wie sie wirtschaften können, da haben sie gezeigt, was sie zusammenbringen (*Applaus ÖVP*) und, liebe Leute, eines muss ich euch schon sagen, wenn man so wirtschaftet, dann verstehe ich einen jeden von der SPÖ, der sagt, da können wir nicht mitgehen, weil das könnte unter Umständen was werden und das können wir dann nicht umbringen ganz so einfach und das ist es, was ich euch sage, Leute, ihr müsst irgendwann einmal erkennen, tun wir wirtschaften oder tun wir nicht wirtschaften, Personalübereinkommen abschließen oder nicht abschließen, aber dort dabei sein und da nicht dabei sein und auf der anderen Seite die Firmen in Sand setzen, das ist halt eine eigenartige Geschichte. Dass sich bei der KPÖ niemand bewegen möchte und am liebsten so wollen, dass alles so bleibt, wie es derzeit ist, ist auch bekannt, hat uns nicht weiter überrascht. Aber noch einmal, Herrschaften von der SPÖ, seid euch irgendwann einmal einig, was ihr tut, macht das eine oder macht das andere, oder teilt euch auf, splittert euch auf, macht einen Gewerkschaftsflügel oder Nichtgewerkschaftsflügel, aber entscheidet euch.

Zwischenruf GR. Eichberger: Du kannst reden, was du willst, es wird nicht gescheiter.

GR. **Pogner**: Nur mitmachen mit dem Haus Graz und dann nicht dabei sein wollen und den Kopf in den Sand zu stecken, da seid ihr am falschen Dampfer. Also, macht mit, stimmt mit und ihr werdet sehen, ihr habt was Gutes davon. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von mir ein paar Bemerkungen zu diesem Reformprojekt Haus Graz. Wie wir bei den früheren Präsentationen ja schon gehört haben, geht es uns eigentlich um drei große Dinge. Einmal das inhaltliche Zusammenführen von Dingen, die inhaltlich zusammengehören wie etwa im Abfallbereich. Eine zweite Sache, die (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) von einigen Vertreterinnen/Vertretern hier anders gesehen wird, nämlich eine Zunahme der Steuerung, es heißt immer, es geht hier um Ausverkauf, es geht darum, dass Manager und Banken alle Entscheidungen treffen, was natürlich überhaupt nicht der Fall ist, wie ich nachher noch ausführen werde, sondern es geht darum, dass die Steuerung stärker wieder an den Gemeinderat, sprich: an dieses Gremium, hier kommt. Und ein dritter Punkt betrifft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo klar war, dass im Zuge dieser Reform für die bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Verschlechterungen kommen sollen, wie wir auch mit dem Personalabkommen mit Willi Kolar gemeinsam abgesichert haben. Zu dieser Reform, denke ich, zu so einem großen Projekt, wie wir das hier haben, gibt es einige Fragen, die immer zu berücksichtigen sind (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und die teilweise...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bitte um mehr Aufmerksamkeit und ein ruhigeres Auditorium bitte beim Zuhören.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Dankeschön. Es gibt einige Fragen, die sicher im Vorfeld von solchen Projekten zu prüfen sind, die nicht nur wir geprüft haben, die auch der

Stadtrechnungshof geprüft hat, zum Beispiel, ob die Notwendigkeit gegeben ist. Sowohl die betroffenen Abteilungen als auch die AEVG zum Beispiel im Abfallbereich haben immer wieder gesagt, ja, die Notwendigkeit, Dinge zusammenzuführen, ist da, Überschneidungen, Doppelgleisigkeiten gibt es, also es macht auf jeden Fall Sinn, sich das anzuschauen. Auch bei der Sondergemeinderatssitzung, wenn Sie sich erinnern, haben fast alle von Ihren Fraktionen gesagt, Reform ja, aber die Umsetzung war dann unterschiedlicher Meinung und auch der Rechnungshofbericht bestätigt, dass diese Reform in all den Bereichen sehr wohl Sinn macht, sehr wohl gewünscht ist und auch schon von Seiten des Rechnungshofes mehrmals vorgeschlagen wurde. Also Notwendigkeit ist auf jeden Fall gegeben. Eine zweite Frage ist, ist es sorgfältig vorbereitet? Ich denke, Sie alle haben gesehen bei der Sondergemeinderatssitzung, wie genau es vorbereitet war, wie inhaltlich kompetent und genau die Projektleiter diese Projekte vorgestellt haben und wie lange an dem auch mit sehr viel Abwägungen gearbeitet wurde. Ein dritter Punkt, der wichtig ist, es darf nicht zu Lasten der Kleinen gehen, es darf nicht zu Lasten der MitarbeiterInnen im unteren Level gehen, die Personalvereinbarung, mit Willi Kolar getroffen, zeigt, dass wir das ernst meinen und das auch abgesichert haben. Momentan sind auch Verhandlungen, gerade mit Horst Schachner von der Graz AG, die in dieselbe Richtung weisen da, also es soll, wie wir versprochen haben, nicht zu Lasten der Kleineren gehen. Dass es aber auch zu Einsparungen im Personalbereich kommt, werden diejenigen, die das Stück aufmerksam gelesen haben, daran sehen, dass wir jetzt erstmals eine Deckelung der Obergrenze bei den Geschäftsführergehältern eingezogen haben, also der Vorwurf, dass man immer nur bei den Kleinen anfangt zu sparen, kann man hier nicht sagen. Bisher gab es gar keine, jetzt gibt es eine Deckelung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Dann gibt es die Frage vom Einsparpotenzial, das hier vielfach kritisiert worden ist. Wenn Sie dieses Einsparpotenzial kritisieren, dann gibt es dabei zwei Dinge zu berücksichtigen. Der Stadtrechnungshof, wohl, hoffe ich, unbestritten, das höchste Gremium für solche Kontrollinstanzen, bestätigt sehr wohl, wie Sie in dem Bericht hier auf mehreren Seiten entnehmen können, dass das Potenzial eindeutig nachvollziehbar ist, teilweise vielleicht sogar höher ansetzbar ist, Sie brauchen es nur lesen, es steht hier drinnen, lesen Sie es selber, ich kann Ihnen die Seiten ansagen, auf denen das genau wörtlich steht, dass dieses Potenzial zu erheben ist. Ein letzter Punkt, bevor ich Schluss mache, Vorwürfe von Seiten der KPÖ, bis zur echten Privatisierung sei

das nur ein kleiner Schritt, nur mehr eine Frage der Zeit, bis strategische Partner anbeißen, die die Schnäppchen davonreißen oder willkürliche Gebührenanordnung durch Management und durch Banker, ich bitte Sie einfach oder bitte euch, diese Dinge zu lesen. Es steht eindeutig hier, sowohl in den Eckpunkten als auch in den Begleitdokumenten, dass die Gebührenhoheit beim Gemeinderat ist...

Zwischenruf GRin. Schloffer: Sie müssen auch zwischen den Zeilen lesen.

GRin. Mag.^a **Grabe:** Dann haben Sie viel Fantasie, in den Zeilen steht, dass die Gebührenhoheit dort bleibt, in den Zeilen steht auch, dass es im Beteiligungscontrolling gemacht wird, also lesen Sie einfach, was steht und vergessen Sie ihre Fantasie, dies finden wir auf Ihren Plakaten wieder, aber nicht in der Realität. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt wirklich ernsthaft sagen, wenn Sie hier heraußen sitzen würden und das Bild im Kopf haben, das Sie im Moment abgeben, dann denke ich, ist das auch eine Kritik wert, wenn es hier um das Haus Graz geht. Ich denke, wenn das wirklich schon so wichtig ist, und darüber sind wir alle einer Meinung, dann sollten Sie aber jedenfalls auch den notwendigen Ernst mitbringen, um bei dieser Sache zu diskutieren. Ich bitte Sie wirklich inständig auch im Sinne der Referenten hier (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ja, auch mich wundert es, mit welcher Leidenschaft und Emotion etwas diskutiert wird, ein Stück diskutiert wird, das eigentlich nur aus Überschriften besteht. Eine Reform, ein

sogenanntes Haus Graz, für das diese beiden Regierungsparteien ein Dreivierteljahr gebraucht haben, um sich auf eine alphabetische Überschriftensammlung zu einigen, nach dem Motto, schmeckt es. Das heißt, das was heute hier beschlossen wird, werden in Zukunft Beamtinnen und Beamte bekommen, die dann einmal dieses Machwerk, diese PR-Texte einmal kurz durchlesen, weil in diesem ganzen Projekt ja nicht einmal ein Dienstpostenplan verfestigt worden ist. Sehr geehrte Damen und Herern, Sie beschließen heute hier eine sogenannte Reform, über die Sie nicht einmal bis ins Detail wissen, wie sie sich auswirken wird, in welche Dienstanweisungen sie münden wird, in welche Vertragsgestaltung sie münden wird und dann wundern Sie sich, sehr geehrte Damen und Herren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Dienststellen in der Graz AG auf die Straße gehen. Ich bin der Letzte, der den öffentlichen Verkehr lahmlegen will, ich bin der Letzte, der eine Unterstützung für Streikmaßnahmen sieht, weil ich es immer nur als das wirklich allerletzte Mittel sehe, aber langsam wächst ja in mir auch das Verständnis für diese Streikmaßnahmen, jetzt unabhängig von der Geiselhaft der Sozialdemokraten, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die berühmte Geiselhaft nehmen, um dann einzubrechen, wenn es darum geht, den Faschingdienstag dienstfrei zu stellen, wenn ihre einzige Grundbedingung war, dieser Graz AG zuzustimmen, nur damit der Faschingdienstag bestehen bleibt, dann wäret ihr Faschingspopperln woanders geblieben, aber das ist auch keine Politik für diese Stadt. Sehr geehrte Damen und Herren, eine Reform, die in den Grundfesten nur Fragezeichen hinterlässt, eine Reform, die aber zumindest in den Überschriften gleich einmal eines festlegt, die sogenannten Goldfasane, wie man sie volkstümlich benennt, das ist nicht einmal eine Beleidigung, die Geschäftsführer, die lassen wir unangetastet. Ein bisschen kosmetisch tun wir den einen einmal auslaufen lassen, das passt eh, weil das ist ein Roter, das ist dann der rote Frühstücksdirektor der darf eineinhalb Jahre spazieren gehen, bis sein Vertrag ausläuft und schwupdiwupp wird dann irgendwo einmal ein Grüner irgendwo herauskriechen und ohne Qualifikation dort sitzen. Dann lasst man halt den einen oder anderen Schwarzen auslaufen als Geschäftsführer und besetzt in Abteilungen darunter gleich einmal drei, vier nach, damit das Gleichgewicht des Schreckens auch in der Graz AG mit versorgten Politoffizieren auch weiterhin Bestand hat, das ist keine Reform, sehr geehrte Damen und Herren. Und wenn heute der Herr Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg davon gesprochen hat, also dass ich mich da in den Zahlen geirrt hätte und das sind ja gar

nicht soviel Beteiligungen und nicht so viele Abteilungen, na selbstverständlich habe ich von 52 Abteilungen und Referaten in der Verwaltung gesprochen und von 51 Firmen und Beteiligungsgesellschaften und einzelnen Beteiligungen in der Graz AG, da braucht er sich nur einmal den Unternehmensbericht anschauen. Wir sind ja bis hin unterschiedliche Gesellschaftsformen, Kollege Rüschi, nicht den Kopf schütteln, wir haben allein für die GMK, für diese Marketingagentur zwei unterschiedliche Gesellschaftsformen als Firmenbucheintragung, eine GmbH und eine GmbH & Co KG. Für was das eigentlich eine Sinnhaftigkeit hat für einen ursächlichen Unternehmenssinn, der die Daseinsvorsorge der Grazerinnen und Grazer in keiner Weise tangiert, versteht auch keiner. Und ich sage, wenn wir wirklich glaubhaft reformieren wollen, wenn wir wirklich auch Überzeugung leisten wollen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dann sind einmal diese Headquarter-Bereiche einmal zusammenzulegen. Dann ist einmal ein Signal zu setzen, dass wir nicht jeden Hinz und Kunz, der dort in der Graz AG herumläuft, auch weiterhin beschäftigen, der hier eine goldene Gage kassiert, währenddessen die anderen Tag und Nacht ihre Arbeit leisten, ihre fleißige Arbeit leisten, sondern dann sind einmal diese Geschäftsführer mit einem guten Beispiel voranzugehen, weil den Laden kann mir wirklich keiner mehr erklären. So führt man auch kein Unternehmen, und da war es auch unser Vorschlag, dass wir hergehen, dass wir aus dieser Graz AG, dass wir sämtliche Betriebe in der Graz AG und Gesellschaftsformen zusammenlegen zu vier großen Teilbereichen, und dann wird es halt nicht mehr hunderte Geschäftsführer geben und einen zweiten Geschäftsführer und dort einen Abteilungsleiter und dort einen Abteilungsleiter, sondern wird es klare Verantwortlichkeiten an der Spitze geben und an der Spitze ein Direktor der Graz AG und nicht wieder so verwachsene Geschichten und dann kann man auch schauen, wo es Synergieeffekte gibt in der EDV, in der einheitlichen Personalverwaltung und, und, und, und dann kann man, sehr geehrte Damen und Herren, Verträge auslaufen lassen, und so macht man eine Reform und nicht so, wie Sie es gedacht haben. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Kolar:** Geschätzter Herr Stadtrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme den Dank gerne entgegen, der da heute ausgesprochen wurde, aber wie gesagt, es haben viele mitgewirkt. Bei einem, den ich ganz besonders schätzen

gelernt habe bei diesen Verhandlungen das ist der Dr. Kalcher, und ich möchte Ihnen, sehr geschätzter Herr Personaldirektor, auch noch einmal danken für Ihr profundes Rechtswissen und letztendlich für die Vertragsstrukturen, die Sie geschaffen haben (*Applaus SPÖ*). Zum Harry Pogner, der sich jetzt natürlich ganz locker da hier fühlt, weil jetzt haben wir ja ein Personalübereinkommen und jetzt brauchen wir uns ja wirklich nicht mehr ernsthaft darüber Sorgen machen, was mit den ganzen Strukturen passiert. Ich darf dir nur sagen, Harry Pogner, du bist Vorsitzender des ÖAAB, einer Arbeitnehmerinteressensvertretung, wenn ich das richtig sehe, ich darf dir sagen, dass die gesamte Personalvertretung und da gehört auch die FCG im Hause dazu, ist mit diesem Reformschritt nicht einverstanden. Zum Zweiten, weil mein Freund Korschelt die längste Zeit versucht, mir irgendwelche Geisteskrankheiten nachzuweisen,...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Bitte das habe ich nicht gesagt.

GR. **Kolar:** ...möchte ich da hier grundsätzlich auch sagen, Harald, ich bin ja auch für Feuerwehr, aber nicht für die, die da die Brände stiften oder sonst irgendwas machen. Also vielleicht kannst du es auch in diesem Zusammenhang sehen. Weil mir das natürlich bei den Budgetreden aufgefallen ist, möchte ich nur eine kurze Anmerkung bei der Frau Stadträtin Grabner machen. Wir haben in diesem Haus, geschätzte Frau Stadträtin, sehr viel Managementqualität, die die öffentliche Hand braucht, weil Sie hier eingefordert haben, wir brauchen mehr Managementqualitäten aus der Privatwirtschaft. Ich glaube, unsere verantwortlichen Amtsleiter und dementsprechend Geschäftsführer sind hier sehr wohl gut aufgestellt (*Applaus SPÖ*). Eigentlich wollte ich ja meine Wortmeldung dazu nutzen, um vielleicht doch noch irgendwie die Chance zu haben, einige von Ihnen zu überzeugen, dass sie hier nicht mit stimmen sollen. Es sind viele Argumente letztendlich dargelegt worden, ich sehe hier im Rechnungshofbericht einige, die ich gerne anführen würde, ich sehe letztendlich viele Fakten und Grundlagen, die einfach gegen dieses Projekt sprechen, geschätzte Damen und Herren. Immobilienmanagement, und es gibt

solche signifikanten Zahlen und Daten, die ja absolut auffallen und weh tun, wenn man da hinschaut, Immobilienmanagement sind, man höre und staune, ein Einsparungspotenzial von insgesamt 5,6 Millionen Euro, in Summe zwei Millionen Euro jährlich an Verkaufserlösen enthalten. Ich frage Sie, sind das Einsparungspotenziale, wenn Liegenschaften verkauft werden? Das ist ein so ein Beispiel. Ein nächster Punkt, im Bereich des Flächenmanagements, auch eine schöne Formulierung, da gibt es ein paar schöne Worte in diesem Bericht, wird von einem Einsparungspotenzial von 750.000 Euro gesprochen. Was heißt denn das wirklich? Jede Magistratsabteilung soll Miete für die genutzten Flächen direkt verrechnet bekommen und das aus den eigenen Budgets zahlen. Ist das eine Einsparung? Entschuldigt bitte, aber das wäre so, wenn ich meiner Tochter von ihrem Taschengeld, das ich ihr bezahle, eine Miete für das Kinderzimmer berechne (*Applaus SPÖ*) und aus unserem Gesamthaushaltseinkommen wird sich natürlich nichts ändern, von Sparpotenzial, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist da nichts zu sehen, denn ich werde, glaube ich, das Taschengeld erhöhen müssen, wenn so etwas zutrifft. Oder das Nächste, Zusammenführung der IT-Abteilungen. Nicht nur, dass hier ein Drittel der Einsparungen über Personalkosten, Herr ÖAAB-Vorsitzender, erzielt werden sollen, was angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie mehr als zweifelhaft ist, wenn man das freundlich formuliert, glaubt man 252.000 Euro durch die Führung eines gemeinsamen Rechenzentrums einsparen zu können, 140 davon könne man ja gleich vergessen, das sind ja wieder mal nur Abschreibungen. Also es gäbe hier, aber das Licht blinkt und Uhr da vorne auch, das ist auch ein neues Erlebnis, also im Grundsatz die Kostenfragen wurden letztendlich dementsprechend auch vom Stadtrechnungshof nicht geprüft, und bei der zweiten Wortmeldung, die ich kurz anschließen darf, weil das kann ich leider euch auch nicht ersparen, das tut mir leid, der Herr Stadtrechnungshofdirektor, und das ist nicht irgendwie ein Eigenzitat, sondern ich lese das ab, verschiedene Potenziale der Abfallwirtschaft, die in den obigen Zahlen mitberücksichtigt sind, wären auch bei politischem Willen ohne Integrationsschritte möglich, also das bedeutet letztendlich, wir könnten es auch im eigenen Haus ordentlich lösen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Letzter Punkt, ich höre dann schon auf. Auch, mein geschätzter Herr Stadtrechnungshofdirektor, den ich ja sehr schätze, schreibt, im Bereich der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen wird eine Aktivität an ein Tochterunternehmen ausgelagert,

kann es zu einer zusätzlichen Belastung mit der Umsatzsteuer kommen. Also, meine Damen und Herren, viele, viele ungelöste Fragen, wir bleiben bei unserer Meinung, die Suppe, die Reformsuppe, die Sie uns hier auftischen, ist zu dünn, meine Damen und Herren, die ist zu dünn und es tut mir leid, dass wir hier nicht gemeinschaftlich wie auch beim Personalübereinkommen eine wirklich profunderes Stück vorbereiten haben können, die Sozialdemokratie wird diesem Stück nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Die meisten inhaltlichen Argumente, die für die Reform sprechen, wurden ja schon genannt. Zudem sind sie in sehr ausführlicher und vorbildlicher Weise auch in den zuständigen Gemeinderatsstücken nachzulesen, auch im Rechnungshofbericht. Was ich bedauerlich finde ist, dass in den Ausschusssitzungen im Verfassungsausschuss, wo zweimal die Möglichkeit bestand, ausführlich über die Reform zu diskutieren mit allen MitarbeiterInnen, die die Projekte erarbeitet haben über Monate, die extrem engagiert an diesen Reformen gearbeitet haben, dass es dort seitens der Opposition genau null Diskussionsbeiträge gab. Dass es absolut nie Interesse gab, in den Ausschüssen auch nur irgendetwas zu den Reformprozessen zu diskutieren, was für mich bedeutet, ihr sucht die Bühne hier herinnen und dann macht man halt ein bisschen Geplänkel, aber wirkliche Debatte im Ausschuss, wo wart ihr da, wo waren eure Fragen, wo waren eure inhaltlichen Inputs (*Applaus Grüne*), völlig inexistent. Mir war es zumindest peinlich und unangenehm, dass alle MitarbeiterInnen umsonst aus ihren Dienststellen herkommen mussten und von euch genau null gekommen ist, aber es war eh nicht wirklich überraschend. In dem Zusammenhang auch, Gerald Grosz, man mag zu dem Stück inhaltlich stehen wie man will, das ist Debatte jeden Klubs, jeder Abgeordneten, jeder soll sich das gut überlegen, aber die Arbeit, die hier geleistet worden ist von den MitarbeiterInnen über Monate als Machwerk, als inkompetente Ansammlung von Überschriften, die man sich halt so zusammengebastelt hat, abzukanzeln, finde ich von einem Abgeordneten, der ja doch sehr viele Funktionen hat und einen relativen Stress zwischen Graz und Wien, finde ich schon sehr kühn, dass das genau von Ihnen kommt, ja aber offensichtlich sind Sie auch bei Reformprojekten der große, große Experte, der alles besser weiß als unsere MitarbeiterInnen, die teilweise schon

jahrzehntelang hier im Haus arbeiten und sich mit den jeweiligen Inhalten beschäftigen, sehr interessant Ihr Zugang.

Zwischenruf GR. Grosz: Ich bin halt fleißig und kein Siebenschläfer, der vom Hanfanbau lebt.

GRin. **Jahn:** Zum Antrag auf geheime Abstimmung. Der KPÖ möchte ich nur sagen, also KPÖ, Ihr solltet uns ja gut genug kennen, dass ihr wisst (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass es im grünen Gemeinderatsklub noch nie und auch, in Zukunft keinen Klubzwang geben wird und ihn auch nie gegeben hat. Ich denke auch FPÖ, ihr habt das ja auch schon oft genug mitverfolgen können, dass der grüne Klub ein vielfältiger ist mit unterschiedlichen Schwerpunkten, mit unterschiedlichen auch Ansichten und wir immer wieder, wir sind übrigens die einzige Fraktion, wo das relativ regelmäßig vorkommt, dass die Vielfalt vor der Einfachheit gezählt wird und das, wir das aushalten, auch intern einmal unterschiedlicher Meinung zu sein und insofern gibt es für uns keine Grund, irgendwas zu verbergen, wie wir hier herinnen abstimmen und deswegen werden wir auch gegen die geheime Abstimmung sein. Aber vielleicht ist das auch ein Hinweis auf etwaige Debatten in den anderen Fraktionen, vielleicht gibt es bei der KPÖ die einen oder die anderen, die sagen, na ja, machen wir eine geheime Abstimmung, dann kann man vielleicht doch noch zustimmen, vielleicht seid ihr die Betroffenen, wir sind es definitiv nicht (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Schröck: Sherlock Jahn hat gesprochen.

GR. **Herper:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, also Christina, bei aller Wertschätzung, ich habe dich immer für intellektuell sehr redlich gehalten (*Applaus SPÖ, FPÖ, BZÖ*)...

Zwischenruf GR. Grosz: *Beende diesen Satz nicht.*

GR. **Herper:** ...aber heute ist nicht der Faschingdienstag. Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion verlangt wie in den Ausschüssen zuvor, die vorangegangen sind, eine getrennte Abstimmung der vier Antragspunkte und bringt auch einen Abänderungsantrag zum Punkt 2 ein, der da lautet. Weil uns aus unserer Sicht der Begriff Daseinsvorsorge, so wie er hier im Stück dargestellt ist, zu schwammig, zu verquast, vielleicht auch nicht ausreichend definiert ist, dass aus unserem Verständnis heraus auch Bereiche wie Bildung, Kinderbetreuung, SeniorInnenbetreuung essentielle Aufgaben der Kommune darstellen und somit in den Bereich Daseinsvorsorge zu fallen haben. Genauso wäre es zielführend, wirtschaftlich gewinnbringende Bereiche, die gerade auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und Finanzierung der Daseinsvorsorge von Bedeutung sind, zu veräußern. Deshalb stellen wir betreffend des Punktes 2 im Antragstext nachfolgenden Abänderungsantrag: Der Gemeinderat stellt an das Land Steiermark die Petition, durch Novellierung des Statutes der Stadt Graz die Absicherung städtischen Eigentums dahingehend nachhaltig zu verankern, dass ab einer Wertgrenze von 100.000 Euro für die Veräußerung beziehungsweise Teilveräußerung städtischen Eigentums sowie städtischer Gesellschaften und städtischer Beteiligungen generell ein erhöhtes Beschlussquorum (2/3-Mehrheit im Gemeinderat) erforderlich ist, also wir gehen ein bisschen weiter, es geht um das gesamte städtische Eigentum, entsprechend auch an den städtischen Beteiligungen und Gesellschaften, um somit für Privatisierungen beziehungsweise Teilprivatisierungen eine erhöhten Gemeinderatsmehrheit zu bedingen. Dieses erhöhte Beschlussquorum ist auch für den Fall erforderlich, dass Leistungen, die bis dato durch MitarbeiterInnen der Stadt, städtische Eigenbetriebe oder Beteiligungen erbracht wurden, an DrittanbieterInnen vergeben werden sollen. Also die Frage der

Auslagerung. Ich bitte alle, noch in sich zu gehen, vielleicht auch diese weiter gehende Generalprävention mit uns gemeinsam ins Auge zu fassen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf ganz kurz noch einmal wiederholen. Wir haben in der Stadt insgesamt vier Einheiten, die sich mit Immobilien befassen. Zwei Abteilungen in der Stadt selbst, eine eigene GBG und einen großen Immobilienbereich in den Stadtwerken. Das heißt, vier Führungsetagen, vier MitarbeiterInnenstäbe und vier Ansprechstellen zum Beispiel auch für Investoren, die sich in Graz gerne ein Grundstück suchen. Wir haben weiters zwei Einheiten, die sich mit der Abfallentsorgung befassen, die Wirtschaftsbetriebe und die AEVG. Das bedeutet wiederum zwei Führungsetagen, zwei Mitarbeiterinnenstäbe und Mitarbeiterstäbe, zwei Fuhrparks. Wer unter diesen Aspekten leugnet, dass es in Zeiten von angespannten Budgets einen Reformbedarf gibt, den verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht mehr. Was mich wundert, gerade im Laufe der letzten Woche, es hat auch selbstverständlich Kontakte zur SPÖ gegeben und es hat sehr intensive Gespräche gegeben, wir haben gefragt, wie stellt ihr euch eine Reform vor. Die Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen war, wir sind dafür, wenn weder die Wirtschaftsbetriebe ausgegliedert werden, wenn weder der Kanal ausgegliedert wird und wenn die Graz AG eine Graz AG bleibt und keine GmbH wird. Die Reaktion darauf ist wohl klar, die SPÖ ist für die Reform dann, wenn wir nichts tun, denn das sind wesentliche Eckpunkte der Reform, und wir haben von dieser Seite wirklich überhaupt keine Vorschläge bekommen. Zweiter Punkt, den ich gerne erwähnen möchte, das ist diese berühmte Umwandlung der AG in eine GmbH. Ich verstehe so viele Argumente überhaupt nicht vom Gemeinderat, da werden wir jahrelang gepeinigt, dass alles das, was in der Aktiengesellschaft da draußen vor sich geht, am Gemeinderat vorbeigeht, es wurde dann zunächst einmal in der letzten Periode ein Beteiligungsausschuss eingeführt und jetzt sagen wir, wir wollen dieses Unternehmen stärker an die kommunalpolitische Brust nehmen, wir möchten gerne, dass wir alle mittelfristigen Entscheidungen Finanzplanung, Ergebnisplanung und Investitionsplanung hier im Gemeinderat beschließen und was ist das, was heißt das, es gibt Gegenstimmen und es gibt wie etwa die FPÖ, das BZÖ und in dem Fall die

SPÖ, KPÖ ohnehin, Gegenstimmen, die sagen, nein das wollen wir nicht. Das ist doch ein Beitrag zur Stärkung der Kommunalpolitik (*Applaus ÖVP*). Im Übrigen haben wir eines völlig klargelegt, wir werden selbstverständlich auch die Etage der Geschäftsführung in der dann Graz GmbH ändern und wir werden nicht fünf Bereiche machen, sondern wir werden drei Bereiche machen, wir werden zwei Führungsebenen, die oberste und die erste darunter zusammenfassen. Genauso, lieber Kollege Grosz, genauso wie wir das bei der Messe gemacht haben und dort ebenfalls zwei Führungsebenen zusammengefasst haben, damit der Personalaufwand und damit die Zahl der Personal reduzieren. Im Übrigen nochmals zum Herrn Grosz, du hast es immer noch nicht verstanden, wir haben auch nicht 52 Abteilungen in der Stadt, sondern wir haben sehr, sehr viel weniger, nämlich 30 Abteilungen, vielleicht würdest du dich einmal vorher erkundigen...

Zwischenruf GR. Grosz: Referate auch?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Referate, weißt du am wenigsten, du weißt am wenigsten, wie viele Referate wir im Magistrat der Stadt Graz haben, Entschuldigung (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ein weitere Punkt zum Kollegen Mariacher. Hier liegt leider auch ein Missverständnis vor, denn wenn du einfach vergleichst, wie viel die Wirtschaftsbetriebe an Kanalgebühren einnehmen und wie viel sie insgesamt für das ausgeben, dann vergisst du, dass die Wirtschaftsbetriebe einen sehr hohen Anteil ihrer Einnahmen an die AEEV bezahlen für die Entsorgung dieses Abfalls. Die Gebühren sind jedenfalls sehr, sehr kostendeckend. Ich komme damit zum Schluss, was mich besonders wirklich auch persönlich aufgeregt hat, das ist ein Plakat der KPÖ, und zwar sollen Bankmanager bald die Müll- und Kanalgebühren bestimmen. Ich halte das zunächst einmal für eine Diffamierung von allen Verantwortlichen in der Graz AG, die sich seit Jahren (*Applaus ÖVP und Grüne*) um die Gebühren im Wasserbereich und um die Verkehrsgebühren, um die Verkehrstarife bemühen. Es gibt in den Verkehrstarifen nach wie vor vergleichsweise die günstigen Zeitkarten in ganz Österreich, in allen vergleichbaren Städten und es gibt selbstverständlich auch

im Bereich der Wassergebühren eine sehr, sehr genaue Kalkulation, die mit irgendwelchen in die Höhe tanzenden Gebühren, oder was auch immer ihr euch unter den Bankmanagern vorstellt, überhaupt nichts zu tun hat. Übrigens, wisst ihr, wo die Bankmanager die Gebühren kalkulieren und Gebühren bestimmen, wisst ihr, wo das ist? Das ist in der Gemeinde Trieben und bald in der Gemeinde Fohnsdorf und weshalb, weil diese Gemeinden es verabsäumt haben, rechtzeitig Konsolidierungsschritte zu unternehmen, sodass sie zahlungsunfähig geworden sind und dann kommen selbstverständlich die Bankmanager und sagen, die Gebühr muss verdoppelt werden, Kinderbetreuung können wir uns nicht mehr leisten, weil es ist keine Pflichtausgabe. Ich stelle deshalb den Antrag, die vier Punkte zu genehmigen. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Antrag der KPÖ auf geheime Abstimmung wird mit Mehrheit abgelehnt.

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Laut § 31 Abs. 3 stellen wir den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Antrag der SPÖ auf namentliche Abstimmung wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 1 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 25)

Der Abänderungsantrag der SPÖ im Punkt 2 wurde mit Mehrheit abgelehnt (40 : 14).

Der Punkt 2 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 25)

Der Punkt 3 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 25)

Der Punkt 4 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (29 : 25)

Der Tagesordnungspunkt NT 4) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Jahn

5) Präs. 9829/2003-19

Geschäftsordnung für den Bezirksrat
sowie für Bezirksvorsteherinnen/
Bezirksvorsteher 2009

GRin. **Jahn**: Ich würde gerne die beiden Stücke, also sowohl die Novelle zum Statut und gleich die Geschäftsordnung gemeinsam berichten, weil es da einen unmittelbaren Zusammenhang gibt. Inhaltlich geht es in den beiden Stücken um die Geschäftsordnung für den Bezirksrat sowie für die BezirksvorsteherInnen sowie um die Neuausrichtung der Bezirksämter in Servicestellen und damit im Zusammenhang auch um notwendig Adaptierungsmaßnahmen im städtischen Statut, die im Petitionswege an das Land Steiermark gerichtet werden. Der Hintergrund ist eine schon sehr lange andauernde Debatte innerhalb des Magistrates. Seit der Magistratsreform im Jahr 2000 wird bereits diskutiert, ob und in welcher Form die Bezirksämter so zeitgemäß sind, was daran gut funktioniert, was aber auch weniger gut funktioniert, wo das Service zu verbessern ist, wie es mit den Räumlichkeiten aussieht, da ja auch viele nicht barrierefrei sind. Also diese Debatte gibt es schon seit langem, nun liegt die Neukonzeption der Bezirksämter vor. Die sieht nun weiterhin vor, dass es das Servicecenter in der Schmiedgasse gibt, wobei hierfür eben laut Stück das BürgerInnenamt zuständig ist und dass in der Nachfolge der Bezirksämter es insgesamt an sechs Standorten Servicestellen geben wird, die analog zu den beiden bereits bestehenden Servicestellen Andritz und St. Leonhard. Falls sich noch irgendjemand für die Bezirksdemokratie und die neue

Geschäftsordnung interessiert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ja super, es gibt noch Zuhörer, danke an die KPÖ. Es gibt eine Servicestelle, soll es geben in Jakomini, eine in St. Peter, eine größere am Bahnhof, und da dort auch mit einem sehr großen KundInnenzustrom zu rechnen ist, sind dort auch die meisten MitarbeiterInnen, nämlich acht an der Zahl, vorgesehen. Zusätzlich, dass die Örtlichkeit sehr gut gelegen ist mit guter Anbindung an die Öffis, birgt dieser Ort auch den Vorteil, dass im gleichen Gebäude in der Bezirkshauptmannschaft ja auch das Passwesen an der Bezirkshauptmannschaft untergebracht ist und man so quasi in einem Gebäude gleich mehrere Dinge erledigen kann. Zudem soll auch das Fundamt an den Standort Bahnhof verlegt werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wobei da mit zusätzlichen Kosten von 55.000 Euro zu rechnen ist. Eine weitere Servicestelle wird es geben in Straßgang. Für die Adaptierungsmaßnahmen sind bereits seit längerem in der AOG 340.000 Euro eingestellt und zwar beim Präsidialamt. Da es auch zu einer Verbesserung im Angebot für die KundInnen in den Servicestellen kommen soll, unter anderem auf Grund der Ausweitung von E-Government, guter Unterstützung der MitarbeiterInnen vor Ort für die Menschen, die dann die neuen Servicestellen nutzen, ist im Stück auch festgehalten, dass es zusätzliche Weiterbildungsmaßnahmen und Schulungen für die MitarbeiterInnen geben soll. Zu den MitarbeiterInnen, hier wird es laut Stück zu einer Reduktion der MitarbeiterInnen von 36 auf 27 kommen, wobei eben jene MitarbeiterInnen, die aus den Servicestellen ausscheiden, quasi durch den internen Arbeitsmarkt unterstützt werden sollen, um eine andere geeignete Aufgabe, eine neue Aufgabe im Magistrat oder auch in den Beteiligungen zu finden. Im Zuge der Neukonzeption der Bezirksämter gibt es eben die Revision der Geschäftsordnung für den Bezirksrat, aber auch Überlegungen zur Förderung der Bezirksdemokratie, soweit sie den Bezirksrat betrifft. Hierzu möchte ich auch anmerken, dass im zuständigen Ausschuss auch auf Initiative der Aktivbürger rund um „Mehr Zeit für Graz“ noch ein zusätzlicher Antrag eingebracht wurde, weil wir natürlich wissen, dass Bezirksdemokratie nicht nur aus BezirksrätInnen und Bezirksratssitzungen etc. besteht, sondern es da auch um Bürgerinitiativen geht und andere aktive Gruppen, die sich sozusagen um Probleme in den jeweiligen Bezirken engagieren und um dem auch gerecht zu werden, gibt es jetzt im Stück eine Passage, die darauf auch Bezug nimmt und die Absichtserklärung, dass wir uns natürlich auch diesem Thema, gerade im nächsten Jahr auch, intensiv widmen müssen, aber gewisse Änderungen zur

BürgerInnenbeteiligung nicht in eine Geschäftsordnung zum Bezirksrat hineingeschrieben werden können. Dennoch wird uns das Thema BürgerInnenbeteiligungen definitiv auch nächstes Jahr beschäftigen. Die Revision der Geschäftsordnung sieht unter anderem die Einführung eines Bezirksbetreuungsteams vor, das vor allem die BezirksvorsteherInnen unterstützen soll bei den Agenden vor Ort im administrativen Aufwand, Verwaltung Bezirksbudget, Betreuung Organisation Bezirksversammlung, aber auch Bezirksinitiativen unterstützen soll bei ihren Anliegen, aber da vor allem auch schauen soll, dass die Bezirksinitiativen auch in den Räumlichkeiten der jeweiligen Servicestellen, also diese auch nutzen können. Zudem wird es ein Service geben, wo über das Betreuungsteam die Initiativen auch Räumlichkeiten im jeweiligen Bezirk vor Ort vermittelt bekommen, damit zusätzlich zu den Servicestellen weitere Orte des Treffens ohne Konsumzwang möglich sind. Zusätzlich soll das Bezirksbetreuungsteam auch darauf achten, dass Anträge und Anliegen des Bezirksrates zeitgemäß beantwortet und weitergeleitet werden. Auf Wunsch der Bezirksvorsteherinnen und -stellvertreterInnen sollen diese auch mit Handy und Laptop ausgestattet werden. Im Sinne der Transparenz werden zukünftig die Tagesordnungen und die Beschlüsse der Bezirksratsgremien auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden und gleichzeitig auch eine wichtige geplante Neuerung, der Zugang aller BezirksrätInnen zum städtischen Intranet, was ihre Arbeit ganz sicherlich erleichtern wird. Eine weitere Änderung ist der neu eingeführte Sprechtag der Bezirke im Rathaus, wobei hier alle StadtsenatsreferentInnen, VertreterInnen der Bezirksratsgremien, mindestens einmal im Jahr Rede und Antwort stehen werden. Ein wichtiges Anliegen, auch in der Reform festgeschrieben, ist die Attraktivierung der Versammlungen und Sitzungen der Bezirksräte, diese sollen in Zukunft besser beworben werden, auch vermehrt über die städtische Homepage und über relevante Printmedien, Tages- und Wochenzeitungen. Wichtig ist uns auch zu erwähnen, dass es künftig ein Dolmetsch- und Moderationsservice für die Bezirksratssitzungen geben wird, auch für Versammlungen im Bezirk und eben die Bezirkspolitik auch präserter auf unserer städtischen Homepage sein soll, indem wir Anträge, Tagesordnungen, Initiativen der BezirksrätInnen auf die Homepage stellen und diese transparent machen. Auch konnten wir uns auf eine Erhöhung des Bezirksbudgets einigen, die natürlich nicht in dem Stück ist, sondern schon im Budgetbeschluss, den wir vorher schon erledigt haben (*Bürgermeister Mag. Nagl*

läutet mit der Ordnungsglocke). Geplant ist auch eine Evaluierung der Maßnahmen nach zirka einem Jahr des Inkraftsetzens und der Umsetzung der nunmehr festgelegten Maßnahmen. Im zweiten Stück geht es um die Novelle zum Statut, das ist eine Petition an den Landtag, die bezieht sich vorwiegend auf die Neuregelung der Abhaltung der Sprechstunden, um hier auch flexibler sein zu können, und da auch die Vergangenheit gezeigt hat, dass die Sprechstunden, die verpflichtend sind vor Ort im Bezirksamt nur sehr spärlich in Anspruch genommen werden und die meisten BezirksvorsteherInnen und -stellvertreterInnen hier zusätzliche und vor allem flexible Termine mit BürgerInnen, die eben Anliegen haben, hier abhalten, wird in Zukunft die Ortswahl und auch sozusagen diese verpflichtende Festlegung auf eine Sprechstunde pro Woche hier fallen und es zu einer flexibleren Lösung kommen. Es gab auch die Anhörungsfrist der Bezirksratsgremien, die dementsprechende Stellungnahmen auch weitergeleitet haben. Ich kenne die Ergebnisse hierzu nur teilweise. Sie sind hier auch momentan nicht Bestandteil des Stückes. Bedanken möchte ich mich an der Stelle bei allen MitarbeiterInnen im Magistrat. Es war ein langer und schwieriger Weg, bis wir zu diesen beiden Stücken gekommen sind, es ist sehr viel Zeit, Energie, Nerven, Anstrengung hier hineingesteckt worden und wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit bei der Magistratsdirektion, insbesondere beim Präsidialamt bei der Frau Dr. Hammerl, die hier auch sehr schnell und super mit uns zusammengearbeitet hat. Das Stück ist im Ausschuss mehrheitlich angenommen worden, beide Stücke, ich bitte auch hier um rege Diskussion und Annahme (*Applaus Grüne*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß §§ 13 h und 13 n des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.130/1967 idF LGBl. 41/2008 die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung, mit der die Geschäftsordnung für den Bezirksrat und für Bezirksvorsteher geändert wird, beschließen.

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, werte Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zirka ein Jahr vor der letzten Gemeinderatswahl in Graz wurde das Projekt Zeit für Graz unter der Federführung von Herrn Stadtrat Dr. Rüschi in Angriff genommen. Kostenpunkt ungefähr 600.000 Euro, Realisierungsgrad, Umsetzung von den Bürgern und Bürgerinnen neu eingesammelten Ideen und Vorschläge ist bis heute knapp über der Wahrnehmungsgrenze, aber man soll die Hoffnung nicht aufgeben, die neuen Vorschläge, mit denen schaut es schlecht aus, der Wunsch nach Ämterschließungen ist, soweit ich weiß, kein einziges Mal gefallen. Eine Forderung zieht sich aber schon lange wie ein roter Faden durch alle Bezirke, es geht um die Aufwertung der Bezirksdemokratie, dafür muss es aber auch geeignete Räumlichkeiten in den Bezirken geben, das ist klar, für Bezirkstreffen, für Informationsveranstaltungen, für Begegnungsräume ohne Konsumzwang und anderes mehr. In diesem Sinne müssen die alten Bezirksämter, so glauben wir, unbedingt erhalten bleiben. Dafür kämpft auch die Bürgerinitiative Mehr Zeit für Graz, die soeben angeklungen ist, die dafür sorgen möchte, dass die Wünsche aus der Planungswerkstatt auch womöglich umgesetzt werden und nicht in Vergessenheit geraten, dafür herzlichen Dank. Der Widerstand in den Bezirken gegen die Schließungen ist enorm, fast alle Bezirksratsversammlungen bringen eine mehrheitliche, viele sogar eine einstimmige Position gegen die Schließungen zum Ausdruck. Tausende Bürgerinnen und Bürger haben bereits für den Erhalt ihres Bezirksamtes unterschrieben. Mit der angeblich geringen Kundenfrequenz in einigen Ämtern nun deren Schließungen oder Zusammenlegungen zu argumentieren, das erinnert mich an die Vorgangsweise der ÖBB. Nebenlinien werden derart unattraktiv geführt, sodass Fahrgäste immer weniger werden und die Linien eines Tages stillgelegt. Das blüht nun auch den Bezirksämtern. Dafür sollen, wenn man Zeitungsmeldungen glauben darf, Busse als Ersatzamt für die entstehenden Servicemängel wieder eingesetzt werden, das ist geradezu absurd. Wir stehen für einen Ausbau der bestehenden Bezirksämter, für attraktive Öffnungszeiten und ein breites Serviceangebot zum Beispiel auch im Ausbau des Meldewesens und Ähnlichem. Bezirksämter müssen auch für ältere Menschen, für Mütter mit Kindern, für Personen mit geringerer Mobilität leicht, das heißt, vor Ort, erreichbar sein, stattdessen sorgt man für bezahlte Sekretäre mit Handy und Laptop, wir werden diese Schließungen sicher nicht akzeptieren (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kollege Fabisch hat eigentlich mir durchaus in vielen Bereichen aus dem Herzen heraus gesprochen. Um einmal das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, wenn ich mich zurückerinnere, wie es um die Diskussion gegangen ist, Aufrechterhaltung der Postämter in den Bezirken in den einzelnen Örtlichkeiten, wo Postdienststellen es gibt oder gegeben hat, war eigentlich unisono die Meinung hier im Hause über alle Fraktionen hinweg, dass wir eigentlich diese Lokale, dezentrale Infrastruktur für die Grazerinnen und Grazer erhalten sollten, so habe ich das aufgefasst. Bitte korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch verstanden habe und dieser Konsens zeigt sich ja auch im Lande in anderen Bereichen, wo es auch darum geht, Bürgernähe näher zu der Bevölkerung zu haben, ich denke an die monatelange Diskussion um die Erhaltung oder Wiederaufbau des LKH Müzzzuschlag, auch die Erhaltung des Krankenhauses in Bad Aussee, die letzten Endes für die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich geführt worden ist. Ich denke, dass hier die Politik an der falschen Stelle spart (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ich bin durchaus für Synergieerschließungen, für Überlegungen, wie man was wirtschaftlich machen kann, aber statt wirklich in zentralen Einheiten einzusparen, sich dort das Geld zu holen, um wirklich wirtschaftlich über die Runden zu kommen, werden eigentlich dezentrale Strukturen, die man in der Vergangenheit eh vernachlässigt hat, nicht ausgebaut hat, nicht mit der EDV ausgestattet hat, wo nicht Personal wirklich zur Verfügung gestanden ist, das wirklich umfangreiche Tätigkeiten machen kann, denen wird dargelegt, dass sie eigentlich jetzt in zentralere Einheiten zusammengelegt werden und die Bevölkerung vor Ort im Grund eigentlich das Nachsehen hat. Und hier wieder ein weiterer Punkt, wo eigentlich auf die demografische Entwicklung, gerade in Graz, komplett vergessen wird. Wir haben ältere Bevölkerung, wir haben in wenigen Jahren 80.000 alte Menschen in Graz und Graz-Umgebung und denen zu sagen, bitte steig in den Bus und womöglich musst noch umsteigen bis zu einem Bezirksamt, das dir jetzt zugeordnet worden ist, und vielleicht ist es in drei Jahren dann wieder woanders das Bezirksamt, das ist eigentlich den Bedürfnissen in keiner Weise gerecht und das ist ein dezentraler Kahlschlag, der hier zu vermieden ist und ich frage gerade die Grünen, die bei Allerweltsthemen immer wieder die Menschenrechte in Anspruch nehmen, ob das nicht gerade ein ganz besonderes Menschenrecht ist, dass nämlich auch die Verwaltungseinheiten, das sind immerhin Einrichtungen unseres Staatsgebildes,

wirklich dort zur Verfügung stehen, wo sie örtlich verankert sind, wo sie ihren Heimatbezirk haben und man ihnen nicht einfach nur verklickern kann, dass sie sich ins Internet einloggen sollen und dort ihre Arbeit machen können, weil diese Technologie steht diesen Menschen nicht zur Verfügung. Ich verstehe da einen Widerstand der Bevölkerung und ich unterstütze auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, für ihre lokale Identität zu kämpfen, für die Erhaltung dieser Infrastruktur, wir können uns alle erinnern, es war im Jahr 1938, wo die letzte große Reform stattgefunden hat und ich möchte keine weitere diesbezügliche erleben. Dankesehr.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 20.05 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ein Servicecenter, sechs Servicestellen, Bezirkssprechtage, die es hoffentlich heute schon gibt und eben die Möglichkeit, mit Stadträten zu sprechen, Handys, Laptops, Verkehrsspiegel, Tempomessgeräte, Hinweistafeln aus dem Bezirksbudget zu bestreiten, und im Gegenzug dazu verlieren acht Bezirke ihre Anlaufstelle und das Einsparungspotenzial, wenn man es herunter bricht auf die Bezirke ist knapp 37.000 Euro. Wenn man das als Reformschritt verkaufen will, dann finde ich das sehr kühn. Für uns, und nicht nur für uns, wie wir schon vom Kollegen Fabisch gehört haben, ist das sicher der falsche Ansatz, und auch die Aktivisten von Zeit für Graz sehen das so. Wenn man nämlich über Verbesserung der Bezirksarbeit sprechen will, dann sollte es eher um strukturelle Änderungen gehen und nicht um Kosteneinsparungen. Wer glaubt, mit Kosteneinsparungen etwas in den Bezirken zu verbessern, der ist sicher auf dem falschen Weg. Aus meiner Sicht müsste das Motto in Graz lauten, mehr Zentralisierung wagen, aber nicht zentralisieren, um Kosten einzusparen. Aus unserer Sicht wäre es notwendig, in den Bezirken Servicezentren zu haben, die, wie von den Aktivistinnen für Mehr Zeit von Graz gefordert, als Anlaufstelle für diese Aktivisten ihnen Räumlichkeiten mit einer zeitgemäßen Infrastruktur zur Verfügung stehen, wo vielleicht auch die Vereine, die es in den

Bezirken gibt, eine Möglichkeit haben, sich zu treffen und Veranstaltungen abzuhalten und wo auch eine Verwaltungsstelle vor Ort vorhanden ist, solche Möglichkeiten wären zeitgemäß und notwendig für unsere Bezirke in Graz. Das was uns heute zur Abstimmung vorliegt, wird vielen Bezirken in Graz nochmals ein weiteres Stück ihrer Bezirksidentität rauben. Wenn es nach unserem Bürgermeister geht, dann sollte Graz eine Wohlfühlstadt sein, zum Wohlfühlen gehört aber auch eine wohnortnahe Infrastruktur, angefangen von Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung, diversen Vereinen für Jung und Alt bis hin zu einer Verwaltungsdienststelle, die wohnortnah erreichbar ist. Letztere wird nun in vielen Bezirken in Graz verschwinden, und auch den meisten Vereinen in unseren Bezirken geht es mehr schlecht als recht, während die Umlandgemeinden, die allesamt deutlich weniger Einwohner haben als ein Bezirk in Graz, ihre Vereine geradezu hofieren und mit Infrastrukturmöglichkeiten ausstatten, müssen die Vereine in den Grazer Bezirken vernachlässigt von der Stadtpolitik eher ein tristes Dasein führen und werden teilweise mit Almosen abgespeist. Ein kleines Beispiel vielleicht, das gerade in meinem Bezirk aktuell ist, die Nachbargemeinden, also Unterpremstätten, Pirka und Seiersberg, haben schon Supersportstätten für ihre Fußballvereine und können jetzt noch ein neues Superstadion gemeinsam bauen, das wiederum gefördert wird, nur um die Kampfmannschaften dort spielen zu lassen. Der SV Straßgang, ein paar Kilometer weiter, hat nicht einmal die finanziellen Mittel, um eine Flutlichtanlage zu haben, um am Abend vernünftig spielen zu können oder verlieren zu können. Ich glaube, das ist einfach nicht würdig für eine Stadt wie Graz, dass die Vereine in unseren Bezirken so ein Dasein fristen müssen (*Applaus SPÖ*). Ich bin überzeugt davon, dass auch die Vereine in unseren Bezirken, in unserer Stadt eine genauso gute Arbeit leisten wie die Vereine in den Umlandgemeinden und ich glaube, Sie haben sich auch eine genauso gute Behandlung verdient. Unser gemeinsames Ziel sollte es daraus sein, eben Bezirkszentren zu schaffen, ähnlich wie die Gemeindezentren in den Umlandgemeinden vorhanden sind. Leider fehlt uns bisher der Weitblick und auch die Bereitschaft, finanzielle Mittel dafür bereitzustellen. Im Gegensatz dazu gibt es in Graz jede Menge finanzielle Mittel für zentrale Anliegen; diverse Kultureinrichtungen von der Oper, Kunsthaus, Schauspielhaus, Dom im Berg, Sportvereine wie Sturm Graz oder ehemals der GAK werden hofiert und auch mit Geldmitteln versorgt. Für die Vereine in den Stadtrandbezirken fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Dieser falsche Weg der Zentralisierung soll nun

unter Schließung vieler Bezirksämter weiter fortgesetzt werden. Kollege Topf hat heute gesagt, Graz hat Zukunft, ich sage, geben wir auch unseren Bezirken in Graz eine Zukunft. Daher nochmals mein Appell, anstatt Infrastruktur zu vernichten, sollte Infrastruktur geschaffen werden. Tragen wir diesen Schritt gemeinsam, um auch den Bewohnern in unseren Stadtrandbezirken eine wohnortnahe Wohlfühlqualität bieten zu können. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich meine, ich bin froh, auch wenn es in Wirklichkeit so spät ist, dass wir heute einmal über die Schließung der Bezirksämter hier auch in der Gemeinderatsstube diskutieren können. Ich kann mich auch vollinhaltlich meinen Vorrednern nur anschließen. Ich glaube, dieser Teil zumindest des Reformpaketes, nämlich die sogenannten Bürgerservicecenter zu bauen, die dann in weiterer Folge mehrere Bezirke zu betreuen haben, das ist etwas, das nicht wirklich würdig dieser Stadt Graz erscheint. Denn wesentlich für diese Maßnahme, ist es zumindest gegenüber der Öffentlichkeit auch argumentiert worden, nämlich, dass das hier ein umfassendes Service für den Bürger bei gleichzeitiger Kostenreduktion eben stattfinden soll, das können wir Freiheitliche in dieser Form nicht erkennen. Aus unserer Sicht gilt es hier kritisch anzumerken, dass die Schließung der Bezirksämter in Wirklichkeit nicht als Service am Bürger bezeichnet werden kann. Wenn Sie nun sagen oder wenn Sie nun vorgeben, die neuen Servicecenter können in vielen Bereichen Leistungen erbringen, die von den Bezirksämtern bisher nicht stattgefunden haben oder nicht erwartet werden konnten, dann stellt sich schon die Frage, warum es bis jetzt nicht gelungen ist und warum Sie bis jetzt nicht Willens waren, hier eine Aufwertung auch durchzuführen und mehr oder weniger die Bezirksämter auch vor sich hinvegetieren haben lassen. Aus allen Bezirken oder nahezu aus allen Bezirken liegen uns einstimmige Anträge vor, die sich eben hauptsächlich oder im größten Teil gegen die geplante Zusammenlegung aussprechen und das ist auch ein Punkt der Bezirksdemokratie, den man hier einmal auch ansprechen sollte, zumindest von einer anderen Seite betrachtet, und dass Sie das hier nicht berücksichtigen, also das empört mich, das tut weh, das ist unverständlich (*Applaus FPÖ*). Und dass das Nächste ist, was hier auch tatsächlich kritisiert werden muss, ich meine, wir haben uns auf Klubobleuteebene

zusammengesetzt zu einem Kaffeetratscherl, das war schön und gut, Sie haben uns oder Ihr habt uns da mit vollendeten Tatsachen konfrontiert, aber es wäre halt schön gewesen, wenn wir da auch vom Anfang an hier in dieser Entscheidungsfindung eingebunden gewesen wären. Ich glaube, diese Vorgehensweise ist, auch wenn so alibimäßig natürlich der Versuch da war, dass man uns ein bisschen zusammensetzen, doch etwas, das man hier eigentlich auch verurteilen muss. Aus Sicht der FPÖ ist das Bezirksamt die erste Schnittstelle der Verwaltung mit dem Bürger vor Ort, hier soll nicht eingespart werden, ich schließe mich da natürlich inhaltlich auch den Vorrednern an, hier soll nicht eingespart werden, sondern aufgewertet werden. Erstrebenswert, und das ist das Letzte, was ich auch noch sagen möchte, erstrebenswert wäre es gewesen, das muss man an dieser Stelle sagen, andere Alternativen auch zu prüfen bei gleichzeitigem Erhalt der Bezirksämter, nämlich auch andere im Magistrat zentral verankerten Aufgabengebiete zusätzlich in die Bezirksämter auszulagern, da hätte es einige Iden gegeben, da hat es sehr gute Ansätze von den Fraktionen FPÖ, SPÖ und KPÖ auch gegeben und das ist schade, dass man uns hier nicht gehört hat und dass man da in Wirklichkeit über uns darübergefahren ist, und aus diesem Grunde wird es Ihnen nicht sonderlich verwunderlich erscheinen, wenn wir dieses Stück strikt ablehnen (*Applaus SPÖ, FPÖ und KPÖ*).

GR. **Mayr**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich bei manchen Wortmeldungen schon ein wenig wundern jetzt. Zunächst einmal, lieber Kollege Sippel, warst du schon einmal in deinem Leben in einem Bezirksamt? Ja, gut schön, ich freue mich, die Bezirksämter, die jetzt in fast sonntagsgleichen Reden zu den wesentlichen Identifikationspunkten der Bezirke und zu dem Zentrum der Infrastruktur hochgelobt wurden, erfahren einen Besuch durch Kundinnen und Kunden in einer Frequenz zum Beispiel bei uns in Waltendorf von 3 bis 4 Personen am Tag. So, jetzt gebe ich schon zu, Frau Stadträtin Kahr, dort war natürlich das Meldewesen zum Beispiel nicht verankert, vollkommen richtig. Dennoch jetzt zu behaupten, dass die Schließung der Bezirksämter, die jetzt geschlossen werden, so einen Infrastrukturkahlschlag bedeuten würde, entspricht einfach nicht der Realität. Ganz im Gegenteil, wir haben versucht, jetzt über das Stadtgebiet ein einigermaßen

flächendeckendes Netz von neuen Servicestellen, die alle Services anbieten, die besser ausgestattet sind, die mehr Möglichkeiten bieten, der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, haben natürlich auch darauf Bedacht genommen, dass gerade in Bereichen, wo vielleicht die soziale Struktur nicht so gegeben ist, dass wir hier mögliche Anlaufstellen durch die Bezirksämter, durch die dann sogenannten Servicestellen offenhalten und dass es darüber hinaus, und das ist jetzt der entscheidende Punkt, dass es darüber hinaus durch eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung der Servicestellen die Möglichkeit für jeden Bezirk geben soll, für Treffen von BürgerInnengruppen, Bürgerinitiativen, für welche Veranstaltungsform auch immer, einen geeigneten Raum nach Möglichkeit in einer städtischen Einrichtung, in einer Schule zum Beispiel im Bezirk vor Ort zur Verfügung zu stellen. Das ist etwas, was jetzt zum Beispiel in den Bezirksämtern, die geschlossen werden, gar nicht möglich gewesen wäre, also ganz im Gegenteil, es geht darum, hier vor Ort eine flexiblere, neuere und modernere Infrastruktur zur Verfügung zu stellen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Noch etwas, hier geht es um das dezentrale Angebot von gewissen Serviceleistungen in den Bezirken, Serviceleistungen des Magistrates. Eine zweite Ebene der Diskussion ist die Frage der Bezirksdemokratie die Kompetenzen der Bezirksräte, der BezirksvorsteherInnen und darüber hinaus das Einbinden der Bürgerinnen und Bürger, einen niederschweligen Zugang auch für Bürgerinitiativen in das städtische politische Leben und das soll natürlich eine Aufwertung erfahren und das ist auch, findet sich nicht alles in der Geschäftsordnung wieder, weil es sich nicht in der Geschäftsordnung zum Teil wiederfinden muss, sondern gelebte Praxis im Magistrat auch sein muss. Also das müssen wir uns jetzt anschauen, das ist der erklärte Wille dazu, das auch so durchzuführen, und nach einem Jahr werden wir in einer Evaluierungsphase nicht nur uns anschauen, wie die Servicestellen funktionieren, sondern auch wie die Bezirksdemokratie zu einem hoffentlich besseren Leben kommt. Dritter Punkt die Einladung an die Fraktionen zu einem Vorgespräch war keine Alibiaktion, sondern es war ein ernst gemeintes Angebot und es tut, glaube ich, der grünen und der schwarzen Fraktion wirklich sehr leid, dass dort eigentlich die erste Antwort der anderen Fraktionen war, brauchen wir gar nicht diskutieren, weil wir wissen eh schon, wir sind mit Sicherheit dagegen. Zum Beispiel, ich sage das jetzt wirklich, ohne polemisch zu sein, wir haben uns in einer ersten Runde das Forderungspapier der KPÖ-Fraktion sehr genau angesehen und wir haben von dieser Forderungsliste nur einen einzigen Punkt nicht verwirklicht

gesehen, das war die Forderung der Abschaffung nach Unterstützungsunterschriften für eine Kandidatur bei einer Bezirksratswahl, alle anderen Punkte hatten wir in unserem Papier drinnen. Das Gleiche gilt für das Forderungspapier der SPÖ, von der FPÖ ist mir keine bekannt, muss ich ehrlich sagen. Also insofern Modernisierung der Infrastruktur, mehr vor Ort sein mit flexiblen Möglichkeiten für die BezirksvorsteherInnen, auf der anderen Seite eine Aufwertung der Arbeit über die Antragsverfolgungen etc. der BezirksvorsteherInnen und Bezirksräte, und in einem Jahr schauen wir uns das noch einmal an und bitte bringt euch alle ein in die Diskussion, was wir in einem Jahr vielleicht auch für weitere Verbesserungsmöglichkeiten liefern können (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann sehr vieles, was Peter Mayr gesagt hat, bestätigen. Ich möchte aber auch auf ein paar Bemerkungen von vorher eingehen. Es ist quasi der Vorwurf gekommen, dafür dass ihr so wenig damit eingespart habt, nennt ihr das Reform? Es war nicht das Ziel, damit etwas einzusparen, es war das Ziel, möglichst kostenneutral genau das einzubringen, was von mehreren Beiträgen jetzt gefordert wurde, nämlich das Service auszuweiten, die Räumlichkeiten aufzuwerten und diese Einrichtungen wieder zu attraktiveren, und genau das haben wir gemacht. Dass das auf Grund der Lage nicht in sämtlichen Stadtteilen, wie bisher möglich ist und schon gar nicht in Stadtteilen wo eben so eine niedrige Frequenz war, das liegt in der Sache dessen, wenn man es kostenneutral angehen muss. Was wir zusätzlich gemacht haben und anbieten, was es bisher auch nicht gegeben hat ist, dass es eine unbürokratische Unterstützung gibt für die Nutzung von Räumlichkeiten, nicht nur für den Bezirksrat, sondern auch für BürgerInneninitiativen verschiedenste Gruppen. Das hat es bisher nicht gegeben, ich weiß zum Beispiel als frühere Bezirksrätin Innere Stadt, Stefan, du weißt es genauso, dass unser Bezirkskammerl hier oben so etwas von unattraktiv ist, dass man dort auch niemals eigentlich mit mehreren Leuten, mit Bürgerinnen oder Bürgern sich hätte treffen müssen, sondern für solche Dinge immer in irgendein Wirtshaus hätte ausweichen müssen. Hier wird jetzt unbürokratisch unterstützt und von den Bezirksbetreuungsteams geholfen, dass Räumlichkeiten an Schulen usw. zur Verfügung gestellt werden. Klar, hätten wir jetzt ein Millionenbudget, wäre das

besser, das in jedem Stadtviertel zu machen, haben wir nicht, also gibt es Versuche, mit der budgetären Lage trotzdem das Beste daraus zu machen. Was es auch gibt in punkto Attraktivierung, einige der Bezirksämter jetzt, wissen diejenigen, die wenigen, die schon im Bezirksamt waren, erfüllen viele, viele Anforderungen an die heutige Zeit nicht, keinerlei oder kaum Barrierefreiheit, sehr wenig attraktive Räumlichkeiten, wenig Möglichkeiten sowohl für KundInnen als auch für die MitarbeiterInnen, in einer angenehmen modernen Atmosphäre zu arbeiten und das wird in den neuen Servicecentern sehr wohl eingeführt. Diejenigen, die das Servicecenter in Leonhard am LKH kennen, sehen, dass dort genau diese Bedingung gegeben ist, es ist ein attraktiver Arbeitsplatz für die MitarbeiterInnen und nicht ein grindiges altes Kammerl, in dem drei, vier, fünf, sechs Leute pro Tag nur vorbeikommen. Es wird Infrastruktur auch für die KundInnen geben, dass man vor Ort mit Notebooks oder PCs mit Unterstützung des Personals vor Ort die Anträge erfüllen kann, die man sonst nur mühsam vielleicht von zu Hause machen würde über Internet, ohne sich auszukennen oder wo man bisher teilweise eh in die Innere Stadt musste. Und es wird geschaut, dass nicht nur für die KundInnen, also Bürger/Bürgerinnen und für die MitarbeiterInnen etwas gemacht wird, sondern dass auch für den Bezirksrat als politisches Gremium eine Aufwertung erfolgt, nämlich auch wieder kostendeckend aus dem Gesamtpaket, dass ein Bezirksbetreuungsteam da ist, das uns oder den BezirksrätInnen die Mühe abnimmt, den Anträgen hinterherzulaufen, zu fragen, wo ist jetzt welcher Antrag in welchem Bearbeitungsstatus, sondern dass dieses Service angeboten wird, dass auch verbessert wird der Informationsfluss zwischen den Ausschüssen, wenn bezirksrelevante Dinge auf der Tagesordnung sind, dass die Bezirke, und zwar nicht nur Bezirksvorstehung, sondern jede Fraktion im Bezirk automatisch informiert wird, das ist eine Sache und die Erhöhung des Bezirksbudgets ist sicher auch jetzt nicht der Traum einer Verdoppelung, aber immerhin ist das einer der wenigen Punkte in dem gesamten Budget, wo es eine Erhöhung geben konnte und das ist doch etwas, was vor allem in den größeren Bezirken eine Rolle spielt. Zuletzt möchte ich noch sagen zu den Vorschlägen, wenn es heißt, was ist das schon für eine läppische Bezirksdemokratie. Peter Mayr hat das schon gesagt, wir haben genau all die Punkte, die wir geerbt haben aus dem ÖVP/SPÖ-Papier, wo also eure Bezirksdemokratiepunkte auch drinnen waren, 1 : 1 mit eingebaut und durch eigene Dinge auch noch ergänzt. Also wenn ihr uns den Vorwurf macht, dass das zu wenig ist, dann könnt ihr euch selber vielleicht

rückwirkend auch dann fragen, warum in dem damaligen Papier und auch in den letzten Verhandlungen keine weiteren zusätzlichen Wünsche gekommen sind, die ihr jetzt als fehlend beklagt. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Eichberger: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! An und für sich hat sich ja mein Fraktionskollege, der Gerhard Haßler, diesbezüglich zu Wort gemeldet, aber die beiden Schönredner, oder es sind ja zwischenzeitlich schon drei Schönrednerinnen und Schönredner hier am Pult gestanden von den Grünen und von der ÖVP, haben mich jetzt wirklich herausgefordert, herauszugehen. Weil was hier an Schmäh, und seid mir bitte den Ausdruck nicht böse, wenn ich euch das jetzt wirklich sage, was ihr da an Schmäh und Schönrednereien betrieben habt, hat ja mit der Realität überhaupt nichts zu tun (*Applaus SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ*). Wenn ihr schon Reformen macht, und wir wissen das, und, lieber Peter Mayr, seit Jahren wird diskutiert, was die Aufwertung, was die Neuorganisation der Bezirksräte betrifft und du sagst, wir waren nicht bereit, hier mitzugestalten, dann ist das eine Lüge. Wir haben die Bereitschaft gezeigt, dass es hier zu Änderungen kommen muss. Wir wissen auch, dass es Bezirksämter gibt, wo die Frequenz nicht unbedingt eine hohe ist und wo wir von vorneherein schon immer gesagt haben, nicht zusperrern ist der richtige Weg, aber anscheinend führt eine Wirtschaftspartei der ÖVP, sperren wir gleich einmal zu, wenn es nicht so läuft, wir hätten einen anderen Zugang gehabt. Wir haben gesagt, weiten wir das Angebot für die Bevölkerung aus, weiten wir insofern aus, dass man gesagt haben, warum kann dort nicht die Baupolizei auch einen Tag sitzen, warum kann man nicht gewisse Angebote in den Bezirksämtern hier anbieten und der Bevölkerung das Serviceangebot einfach der Stadt, des Magistrates näherbringen, auf diese Vorschläge seid ihr gar nicht eingegangen. Eine Gerda Gesek brüstet sich noch vor einigen Wochen hier im Gemeinderat, ich habe tausende Unterschriften in Eggenberg gesammelt gegen die Schließung. Auch andere haben in den Bezirken hier Unterschriften gesammelt, um gegen Schließungen öffentlicher Einrichtungen zu protestieren. Passiert ist nichts. Es ist leider auch dieses Stück ein Beispiel der schwarz/grünen Arroganz, der Überheblichkeit (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*), des Nicht-zur-Kennntnis-nehmen-Wollens, was die GrazerInnen wollen und was die GrazerInnen brauchen, das ist

Faktum und wenn heute die Klubobfrau Jahn vor zehn Minuten hier an diesem Podium, an diesem Rednerpult steht und sagt, ich weiß, es gibt in Bezirken da oder dort Gegenstimmen dagegen, aber ich weiß es nicht und trotzdem bin ich gegen die Aufrechterhaltung, dann ist es ein Trauerspiel, ein Armutszeugnis und ich bin bitter enttäuscht ob des Demokratieverständnisses der Grünen Bezirksrätinnen und Bezirksräte, denen die Abstimmungsergebnisse in den Bezirken egal sind, denen es wurscht ist, wie viele Bezirksrätinnen und Bezirksräte in den 17 Grazer Stadtbezirken für oder gegen eine Schließung sind, sondern die Grünen sagen, wir sitzen hier im Gemeinderat und die Bezirksdemokratie, die Bezirksräte vor Ort, auch der eigenen Fraktion und deren Einstellung ist uns egal, es ist eine Schande (*Applaus SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ*), und deshalb wenn Schwarz und Grün auch nur den geringsten Anstand hat und für die sozial Schwachen in unserer Stadt und für jene Bewohnerinnen und Bürgerinnen und Bürger, die das Bezirksamt brauchen, auch etwas tun wollen, dann müssten sie heute nicht gegen die Reduzierung, sondern für ein modernes, attraktives Angebot in allen 17 Stadtbezirken stimmen. In diesem Sinne hoffe ich, dass noch die eine oder der andere von Schwarz/Grün wirklich sich dieses besinnt und entsprechend auch beim Abstimmungsergebnis für ein modernes attraktives System stimmt und nicht für ein Zusperrren, für ein Vernichten, für die Reduzierung der Bezirksidentität. Danke (*Applaus SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ*).

GRin. **Jahn:** Zu den ziemlich unguuten Anwürfen vom Kollegen Eichberger zum Thema Wahrheit. Das Ende der Anhörungsfrist der Bezirke ist heute, ich weiß von der Frau Dr. Hammerl, dass auch heute noch Stellungnahmen aus den Bezirken eingegangen sind und ich bin ehrlich genug, dass ich sage, dass ich noch nicht alle Stellungnahmen kenne, weil sie heute erst hier ankommen. Im Unterschied zu dir, du tust halt auch gerne mit Halb- und Unwahrheiten arbeiten, das ist nicht meine Methode (*Applaus ÖVP und Grüne*). Zu den vorliegenden Stücken. Auf Grund von vielen, vielen Diskussionen, die ja auch in der letzten Periode schon geführt wurden, wissen wir, dass diese Reform notwendig und sinnvoll ist. Nicht nur auf Grund von Schwierigkeiten bei den Räumlichkeiten wie Barrierefreiheit, Problemen im Service etc. Ich denke mir, es ist eher ein Armutszeichen für euch, wenn ihr hier zugebt, na wir haben auch schon länger diskutiert, aber wir haben uns halt ganz offensichtlich

nie auf irgendwas geeinigt, und zu Beginn unserer Arbeitsgruppe zwischen Schwarz/Grün, kann ich mich noch genau erinnern, hat uns der Peter Piffel dankenswerterweise informiert über die Vorgespräche, die mit euch gewesen sind, und das Ergebnis eurer Vorgespräche war eine Dreiviertel-A-4-Seite mit drei bis vier Forderungen und wenn das alles ist, was ihr zur Bezirksdemokratie zu sagen habt, ist das nur mehr peinlich (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Bei einem Besprechungstermin, wo ihr auch eingeladen ward, Klubobleutekonferenz, war ich ziemlich erstaunt, dass wir von den Grünen euer Demokratiepapier sehr wohl dabei hatten, ihr allerdings nicht, wo wart denn ihr, wann habt ihr diese Punkte eingebracht? Nie.

Zwischenruf GR. Eichberger: Ihr habt uns nicht eingeladen.

GRin. **Jahn:** So ein Blödsinn, es gab zwei Termine, wo ihr die Möglichkeit zur Diskussion habt. Ihr habt sie nicht genutzt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Wir haben ja im Unterschied zur SPÖ uns das Demokratiepapier sehr genau durchgelesen auch in Vorbereitung der zwei Klubobleutekonferenzen, es gibt hier, das ihr übrigens nicht dabei gehabt habt, es gibt hier sehr viele Forderungen, es sind nur wenige, die sich auf BürgerInnenbeteiligung und Bezirksdemokratie beziehen. Drinnen ist vorgesehen Ausbau BürgerInneninformation, Beteiligung, hierzu mehr Werbung, Transparenzpunkte Bezirksversammlung wird es geben, was auch eine Forderung von uns war, Zugang zum Intranet war unsere Idee, Onlinestellen von Tagesordnungen Bezirksratssitzungen, Anträgen aus den Bezirken, auch unsere Ideen, ihr seht, wir haben eure Anregung da ihr hier sehr positiv ausgebaut. Punkte, die in eurem Demokratiepaket habt, finden sich teilweise im Reformprojekt, wie zum Beispiel mehr Kontrolle für Beteiligungen und Gesellschaften durch den Gemeinderat. Klubobleutekonferenz, von euch gefordert, können wir gerne jederzeit machen, kein Problem, das fix einzuführen. Direktübertragung Gemeinderat im Internet, spricht aus unserer Seite nichts dagegen, muss man schauen, wie sich das mit den Kosten

ausgeht. BürgerInnenzentren in allen Bezirken ist für uns ein wichtiges Thema, sollten wir im Zusammenhang mit den AktivbürgerInnen von mehr Zeit für Graz diskutieren, da vor allem auch im Zusammenhang, auch das haben wir euch in den beiden Sitzungen gesagt, wir haben euch ein Angebot gestellt, dass wir gemeinsam über das Referat für BürgerInnenbeteiligung diskutieren, welche Formen von Beteiligung hier wichtig und sinnvoll sind, bis dato habe ich da aber keinerlei Ideen, Anregungen, Wünsche, Beschwerden von eurer Seite bekommen. Zu den Forderungen von der KPÖ, hat der Kollege Mayr schon gesagt, Bezirksbudgeterhöhung haben wir gemacht, Anpassung auf jeweils aktuelle Bevölkerungszahlen gibt es, Sparbuchmitnahmen sind möglich und Unterstützung durch das Bezirksbetreuungsteam. Jährliche Durchführung von Bezirksversammlungen soll weiterhin verpflichtet sein, wird so sein, KPÖ, ist Beschlusslage, Fragestunde für Bezirksräte im Gemeinderat, eine weitere Forderung von euch wird in Form des Bezirkssprechtages umgesetzt. Insofern bitte tut recherchieren, bevor ihr euch da herausstellt und Dinge behauptet, die einfach unwahr sind (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Ich habe nur eine Frage an die Kollegin Jahn, wann haben diese Klubobmännerkonferenzen stattgefunden, ich kann mich nicht erinnern. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Das was ich bei dieser ganzen Diskussion wirklich nicht verstehe, ist die Inkonsequenz dieser Sparmaßnahme. Wenn ich von 17 Bezirken in Zukunft nur mehr sechs Bezirksämter offenlasse, also sogenannte Servicestellen, da frage ich mich, für was wir in der Stadt überhaupt diese Einteilung der 17 Bezirke haben, dann wäre es auch inkonsequenterweise richtig, wenn man diesen Weg geht, dass man natürlich diese Bezirke überhaupt auflöst, in Graz diesen Bezirksverband auflöst und die Bezirksvorsteher und die Bezirksräte einspart, das wäre konsequent. So lange wir uns aber in dieser Stadt Graz zum Erhalt der Bezirke bekennen, da gehört das doch auch dazu, dass jeder Bezirk als Verwaltungseinheit,

nicht als Behörde, sondern als Einheit, na selbstverständlich auch ein Bezirksamt zur Verfügung stellt, das ist ja auch konsequent. Weil für was brauche ich dann in Zukunft ein Bezirksamt, wenn ich keinen Bezirk mehr habe und vice versa einen Bezirk, wenn ich kein Bezirksamt mehr habe. Wenn ich mir die Verwaltung der Stadt Wien anschau, die selbstverständlich auch in allen ihren Wiener Gemeindebezirken auch eine Bezirksvorsteherung hat...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR. **Grosz:** Danke, Kollege Klubobmann Piffl-Percevic, warum seid ihr dann den zweiten Schritt nicht gegangen und habt die Bezirke nicht aufgelöst, warum geben wir den Göstingern nicht die Möglichkeit, sich den Thalern wieder anzuschließen (*Die vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Weil wir zu den Bezirken stehen.

GR. **Grosz:** Warum haben in dieser Stadt die Bezirke nur Nachteile von dieser Zentralbehörde hier im Rathaus, aber keinerlei Vorteile? Warum kämpfen die Andritzer um die Hochwasserentschädigung gegen den Bezirk und bekommen nicht Recht, warum kämpfen die Göstinger um die Weixelbaumstraße und bekommen nicht Recht? Wie benehmt ihr euch denn eigentlich gegenüber diesen Bezirken in dieser Stadt, da geht es ja auch konsequent her und löst überhaupt die Bezirke auf oder gebt ihnen die Möglichkeit, dass sie sich in anderen Gemeinden in Graz-Umgebung eingemeinden. Weil das schau ich mir an, wie schnell ein Grazer Bezirk bei Seiersberg dabei ist, wo er bei Seiersberg in volle Töpfe hineingreifen kann und eigentlich mit dieser Stadt nichts mehr zu tun haben will. Es gibt genug Göstinger

mittlerweile, die volkstümlich gesagt, auf diese Stadtpolitik pfeifen, das was ich mir wirklich denke, sage ich ja gar nicht mehr.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Du bist zu wenig in Graz.

GR. **Grosz:** Die volkstümlich pfeifen und sagen, warum spalten wir uns nicht ab und machen wir mit den Thalern etwas, da fühlen sie sich auch besser vertreten als von dieser Stadt, die ihnen in den wesentlichen Wünschen nichts gibt, aber wenn es darum geht, die Serviceleistungen zuzusperren, dann ist diese Stadt groß da. Das, was ihr macht, ist Chaos, das was ihr macht, ist stümperhaft, zutiefst stümperhaft und das wisst ihr auch ganz genau (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*). Und daher werden wir, so lange sich Graz dazu bekennt, dass wir in Graz auch Bezirke haben, na selbstverständlich auch für die Bezirksämter kämpfen, und wenn ich schon einsparen will und wenn ich Mittel lukrieren will, dann sage ich, dann fangt einmal bei euch zu sparen an, was da alles in dem Gemeinderat herumkugelt, was man einsparen könnte, mindestens die Hälfte und mit dem Geld finanziere ich jede Serviceeinheit, das ist ja keine Durchfütterungsanstalt für Minderbelichtete, die in die Politik gegangen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, da würde ich einmal einsparen. Die Stadtregierungsmitglieder, die Gemeinderäte einsparen, und mit dem Geld finanziere ich auch in Zukunft die Serviceleistung der Grazerinnen und Grazer, das wäre konsequent, aber das passiert ja alles nicht. Es werden jetzt quasi die Bezirksvorsteher weiter gepflegt und gehegt, es werden die Bezirksräte weiterhin bestückt, aber zum Sagen haben sie nichts mehr, hören tut eh keiner mehr auf die Bezirksvorsteher, was die Bezirksräte beschließen, wird hier in diesem Rathaus nicht einmal der Mühe Wert gefunden es in den Mistkübel zu werfen, die Resolutionen der Bezirksräte wandern irgendwo hin, aber auf der anderen Seite sollen wir sie erhalten. Wir werden diesem Stück sicherlich nicht zustimmen und auch weiterhin thematisieren, was für eine Chaospolitik ohne Ziel und Richtung hier in diesem Gemeinderat beschlossen wird (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*).

GR. **Mayr:** Liebe KollegInnen! Ich weiß nicht, nach 20.00 Uhr müsste man irgendwann einmal die Türen aufmachen und durchlüften, ich meine dieses Schauspiel an Diskussion, was wir da abliefern...

Zwischenruf GR. Eichberger: Ihr, nicht wir.

GR. **Mayr:** ...ist teilweise einem Publikum nicht mehr zumutbar, das muss man ehrlich sagen. Das muss man wirklich ehrlich sagen (*Applaus ÖVP und Grüne*). In der Sache noch einmal, lieber Kollege Gerald Grosz, ich meine, du bist bei deinen Reisen zwischen Deutschlandberg und Wien in Graz noch nicht angekommen, die Wiener Bezirksvorstellungen haben einen Aufgabenbereich, der mit einer Gemeindeverwaltung durchaus vergleichbar ist, vor allen im Baurecht zum Beispiel. Die Stadt Wien ist ein eigenes Bundesland, hat dementsprechend die Möglichkeiten, die Kompetenzen auch zu delegieren, die haben eine eigene Verwaltungseinheit im Bezirk, das ist etwas, was natürlich bei unserer Größe in dem Aufgabengebiet in Graz gar nicht denkbar ist. Jetzt reden wir davon, möglichst effizient mit Steuergeldern umzugehen und ich glaube gerade das BZÖ engagiert sich in solchen Fragen und jetzt versuchen wir, ohne mehr Geld auszugeben, nach Möglichkeiten, ja bis auf Kärnten, Herr Klubobmann, hast vollkommen Recht, in Kärnten schaut es anders aus, aber vielleicht auf Bundesebene...

Zwischenruf GR. Eichberger: Zur Sache.

GR. **Mayr:** So suchen wir eine Dienstleistung, eine Magistratsdienstleistung zu verbessern und natürlich hier effiziente Strukturen zu schaffen, das heißt, Servicestellen, die vielleicht auch ein vernünftiges Angebot an die Bevölkerung

entsendet, ich habe das vorhin zitiert, und bei uns in Waltendorf drei Leute am Tag vorbeikommen, dann ist das so, diese Infrastruktur nicht aufrecht zu erhalten. Da muss man sich was überlegen und das haben wir gemacht, und liebe Kolleginnen von der sozialdemokratischen Fraktion, wir haben in der letzten Gemeinderatsperiode, und das berichten uns alle BezirksvorsteherInnen, Kollegen intensiv lange Zeit darüber diskutiert und was ist herausgekommen, leider gar nichts, und jetzt haben wir in dieser Gemeinderatsperiode einen neuen Versuch gestartet und wir haben ein Ergebnis und dieses Ergebnis wird innerhalb des nächsten Jahres evaluiert und wenn wir sehen, dass es hier Verbesserungsbedarf gibt, vor allem auch hinsichtlich der Bezirksdemokratie, dann werden wir versuchen, diesen entsprechenden Wünschen nachzukommen. Aber wir machen jetzt wenigstens einen vernünftigen Anfang, der in der letzten Gemeinderatsperiode nicht einmal denkbar war (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

8) A 1 – 1607/2003-4, 5

Reisegebührenvorschrift der
Landeshauptstadt Graz – Novellierung
(Verlängerung der Anhebung des
Kilometergeldes)

GR. **Pogner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, meine Damen und Herren! In dem Stück geht es um die Reisegebührenvorschrift der Landeshauptstadt Graz und zwar um die Novellierung. Für die Bediensteten des Landes Steiermark wird die Verlängerung der Anhebung des Kilometergeldes auf die Dauer auf ein Jahr bis 31.12.2010 verwirklicht und die bundes- und landesgesetzliche angestrebte Verlängerung der Anhebung des Kilometergeldes soll im Wege einer Novellierung der Grazer Reisegebührenvorschriften, befristet mit 31.12.2010 auch für die städtischen Bediensteten Geltung erlangen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Der Ausschuss für Verfassung, Personal, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr stellt nach eingehender Beratung den Antrag,

dass diese Reisegebührenvorschrift, die auch für die Landesbediensteten gilt, auch für die städtischen Bediensteten gelten sollte (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat wolle auf Grund des § 31j Abs. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 38/2009, beschließen:

Die Reisegebührenvorschrift der Landeshauptstadt Graz, Gemeinderatsbeschluss vom 2. Juli 1992, zu GZ A 1-K-82/1985-6, zuletzt geändert durch GRB vom 3. Juli 2008, A 1-160772003-4,5, wird wie folgt abgeändert:

1. § 7 Abs. 3 lautet:

„(3) Das Kilomergeld gemäß Abs. 2 beträgt:

- | | |
|--|---------|
| a) für Motorfahräder und Motorräder mit einem Hubraum bis 250 ccm je Fahrkilometer | € 0,14 |
| b) für Motorräder mit einem Hubraum über 250 ccm je Fahrkilometer | € 0,24 |
| c) für Personen- und Kombinationskraftwagen je Fahrkilometer | € 0,42. |

2. Die Änderung des § 7 Abs. 3 tritt mit 1. Jänner 2010 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezembers 2010 außer Kraft. Mit 1. Jänner 2011 tritt § 7 Abs. 3 in der bis zum Ablauf des 30. Juni 2008 geltenden Fassung wieder in Kraft.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt kommen wir noch zur Abstimmung des Stückes 6), es ist zwar schon berichtet worden, aber noch nicht abgestimmt. Das Stück 6, da geht es

um die Novelle zum Statut Petition an den Landtag Steiermark. Berichtet worden ist es von der Frau Gemeinderätin Jahn.

Berichterstatterin: GRin. Jahn

6) Präs. 11169/2003-22

Novelle zum Statut der Landeshauptstadt
Graz; Petition an den Landtag Steiermark
gemäß § 45 Abs. 2 Z 17

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Verwaltung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat wolle mit der gemäß § 45 Abs. 2 Z 17 iVm § 45 Abs. 3 lit d) des Statutes der Landeshauptstadt Graz erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen, dass das Land Steiermark in einer Petition aufgefordert wird, das Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 13071967 idgF LGBl.Nr. 42/2008 dahingehend zu ändern, dass

1. in § 13m Abs. 2 Statut die Wortfolge „in seinem örtlichen Wirkungsbereich Sprechstunden abzuhalten“ ersatzlos entfällt.
2. § 13l Abs. 2 Satz 2 Statut wie folgt lautet: „Darüber hinaus hat der Bezirksvorsteher das Recht, innerhalb seines Wirkungsbereichs persönliche Erhebungen über den Zustand der öffentlichen Einrichtungen zu pflegen, Einblick in den Geschäftsgang der zur dezentralisierten Behandlung von Gemeinderatsangelegenheiten eingerichteten Dienststelle zu nehmen und dem Bürgermeister oder den nach der Referatseinteilung zuständigen Stadtsenatsreferenten bezirksbezogene Vorschläge zu erstatten.“

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (30 : 23).

Berichterstatter: GR. Mayr

9) A 1 – 1637/2003-20

Dienstzulagen für Bedienstete der
Entlohnungsgruppen g I, g Ia und g II/1
bis g II/5 in den Geriatrischen
Gesundheitszentren

GR. **Mayr**: Es geht um die Dienstzulagen für Bedienstete der entsprechenden Entlohnungsgruppen, hier geht es um eine Anlehnung an das KAGES-Gehaltsschema und den entsprechenden Dienst- und Funktionszulagen für die Entlohnungsgruppen g I, g Ia und g II/1 bis g II/5.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 17 des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl.Nr. 30/1974, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 40/2009, iVm § 74 Abs. 2 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 38/2009, mit Wirksamkeit des In-Kraft-Tretens der Novellierung des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes laut Petition an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 14.5.2009, GZ. Präs. 10877/2003-22, beschließen:

Den in Entlohnungsgruppe g I, g Ia, g II/1, g II/2, g II/3, g I/4 oder g II/5 eingereihten Dienstnehmern/Dienstnehmerinnen gebühren die folgenden Dienstzulagen in der jeweils angeführten Höhe.

- | | |
|---|----------------------------|
| 1. Die (Fach)Ärzte-/(Fach)Ärztinnen-Zulage beträgt | |
| für Ärzte/Ärztinnen | bis zur Entlohnungsstufe 3 |
| | ab der Entlohnungsstufe 4 |
| für Fachärzte/Fachärztinnen | |
| | € 324,40 mtl. |
| | € 371,10 mtl. |
| | € 549,70 mtl. |
| 2. Die Funktionsdauer für Oberärzte/Oberärztinnen gebührt dem Oberarzt/der Oberärztin, der/die mit der Funktion | |
| ▪ „dienstplanführender Arzt/dienstplanführende Ärztin“ oder | |
| ▪ hygienebeauftragter Arzt/hygienebeauftragte Ärztin für das gesamte Krankenhaus“ oder | |
| ▪ blutdepotbeauftragter Arzt/blutdepotbeauftragte Ärztin für das gesamte Krankenhaus“ | |
| betraut ist und beträgt | € 108,90 mtl. |

Die Funktionszulage für Oberärzte/Oberärztinnen gebührt neben der Zulage gemäß § 1.

- | | |
|---|---------------|
| 3. Die Psychologen-/Psychologinnen-Zulage beträgt | € 277,90 mtl. |
| 4. Die Funktionszulage für den Leiter des Pflegedienstes die Leiterin des Pflegedienstes beträgt | € 312,90 mtl. |
| 5. Die Funktionszulage für örtliche Pflegedienstleiter/ örtliche Pflegedienstleiterinnen beträgt | € 256,20 mtl. |
| 6. Die Funktionszulage für <ul style="list-style-type: none">▪ leitende Angehörige der gehobenen medizinisch-technischen Dienste▪ leitende Diplomsozialarbeiter/leitende Diplomsozialarbeiterinnen▪ Stationsschwestern/Stationspflege beträgt | € 199,10 mtl. |

Die Verordnung des Gemeinderates vom 8. Juli 1982 betreffend die Dienstzulagen der Beamten der Landeshauptstadt Graz (Dienstzulagenverordnung 1982), zuletzt geändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 15.11.2007 bzw. idF. der Kundmachung der Steiermärkischen Landesregierung vom 4. April 2008 über die Aufhebung von zwei Bestimmungen von Verordnungen des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz, findet auf Dienstnehmer/Dienstnehmerinnen, die in Entlohnungsgruppe g I, g Ia, g II/1, g II/2, g II/3, g II/4 oder g II/5 eingereiht sind, keine Anwendung; hinsichtlich Verwendungsänderung und Valorisierung der Dienstzulagen gelten die Bestimmungen der §§ 21 und 24 der zit. Verordnung sinngemäß.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

11) A 8-33993/09-8

Veranstaltung: World Choir
Championship 2011; Fördervereinbarung
zwischen der Stadt Graz und dem
Förderverein INTERKULTUR Österreich
für die Jahre 2010, 2011 in der Höhe von
€ 300.000,- sowie € 100.000,-
Direktverrechnung Stadt Graz – MCG
e.gen;
Projektgenehmigung

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Förderverein Interkultur Österreich mit Sitz in Graz beabsichtigt, im Juli 2011 eine neue Durchführung der World Choir Championship durchzuführen. Diese Veranstaltung soll nicht so groß sein, wie die im Jahr 2008, es ist geplant, etwa 7000 Personen aus 35 Ländern einzuladen. Von der Stadt Graz ist ein Finanzierungsbeitrag in der Höhe von 400.000 Euro erforderlich, davon 100.000 sollen über Leistungen der Messe Center Graz erbracht werden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es wird der Antrag gestellt, der Gegenstand dieses Beschlusses ist die Veranstaltung der World Choir Championship 2011; für die Durchführung wird der Abschluss einer dem Stück beiliegenden Fördervereinbarung erforderlich, die Auszahlung der Fördergelder über 300.000 Euro soll in drei Raten erfolgen, und zwar schon das erste Mal im Jahr 2010, Rest wie beschrieben im Stück. Durch die Fördervereinbarung verpflichtet sich der Förderverein, diese Punkte, die widmungsgemäße Verwendung nachzuweisen und die Bedeckung ist, wie im Stück beschrieben, hat zu erfolgen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 10 und § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 32/2005, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz, beschließen:

1. Die Veranstaltung der World Choir Championship 2011 in Graz – wie im Motivenbericht ausgeführt – ist Gegenstand dieses Beschlusses.

2. Für die Durchführung der World Choir Championship 2011 in Graz wird der Abschluss der beiliegenden Fördervereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildet, genehmigt. Die Wirksamkeit dieses Beschlusses ist abhängig von der Beschlussfassung der Fördervereinbarungen zwischen dem Förderverein INTERKULTUR Österreich und dem Land Steiermark beziehungsweise dem Tourismusverband Stadt Graz.
3. Die Auszahlung der Fördergelder von € 300.000,- erfolgt gemäß der beiliegenden Fördervereinbarung auf ein der Stadt Graz zu benennendes Konto von INTERKULTUR, wobei
 - 40 % der Fördersumme am 15.2.2010 (€ 120.000,-)
 - 40 % der Fördersumme am 15.1.2011 (€ 120.000,-)
 - 20 % der Fördersumme (€ 60.000,-) nach Abschluss der Veranstaltung und Vorlage der Endabrechnung.

Die Abrechnung des außerhalb der Finanzierungsvereinbarung für die Veranstaltung zugestandene Finanzierungsbetrages in Höhe von € 100.000,- für die Inanspruchnahme von Leistungen der MCG Graz e.gen. wird direkt zwischen der Genossenschaft und der Stadt Graz erfolgen.

4. Für den gewährten Förderungsbeitrag verpflichtet sich der Förderverein INTERKULTUR Österreich, die Punkte dieser Fördervereinbarung beziehungsweise die Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Graz einzuhalten sowie die widmungsgemäße Verwendung nachzuweisen.
5. Die Bedeckung der von Seiten der Stadt Graz zur Verfügung gestellten Subvention in Höhe von gesamt € 400.000,- erfolgt im Rahmen des AOG Programms 2011-2015 des Bürgermeisteramtes.
Für die 2010 fällig werdende 1. Teilzahlung in Höhe von € 120.000,- wird ein Vorgriff auf das AOG Programm 2011 – 2015 genehmigt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (53 : 0).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 20.50 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

18) StRH-34290/2008-41

Erweiterung der Zeichnungsbefugten der „First Level Control“ und Genehmigung einer Ergänzung zur Vereinbarung zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundeskanzleramt, und der Stadt Graz, vertreten durch den Herrn Bürgermeister, am 13.10.2008

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht hier um einen reinen Formalakt, das der Stadtrechnungshof angesucht hat, und der Kontrollausschuss in seiner Sitzung am 13. 10. 2008 hat es eine Unterschrift gegeben und die Sitzung hat stattgefunden am 2. Dezember 2009. Die Erweiterung der Zeichnungsberechtigung gegenüber der Republik Österreich auch für mehrere Mitglieder des Stadtrechnungshofes. Der Kontrollausschuss ersucht um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Bericht des Stadtrechnungshofes zur Kenntnis nehmen und beschließen:

1. Dem Stadtrechnungshof wird bei der Durchführung der Prüfaufgaben der „First Level Control“ die Möglichkeit gegeben, weitere Zeichnungsberechtigte zu nominieren.
2. Der als Beilage angeschlossenen Ergänzung zum ursprünglichen Verwaltungsübereinkommen zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundeskanzleramt, und der Landeshauptstadt Graz, vertreten durch den Bürgermeister, vom 13.10.2008, betreffend die Erweiterung der Zeichnungsbefugten der „First Level Control“ wird die Zustimmung erteilt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Rajakovics

NT 8) StRH 11527/2009

Stellungnahme betreffend die
Projektkontrolle/Prüfung zu Graz Neu
Ordnen – Potenzialerhebungsprojekte
und Vorschläge gemäß
Gemeinderatsstück für Dezember 2009

GR. **Rajakovics**: Zu dem Thema ist heute schon sehr viel diskutiert worden, es gibt dazu auch einen Prüfbericht, der im Kontrollausschuss war. Bereits im Juni hat es den Beschluss gegeben, dass es eine begleitende Kontrolle des Rechnungshofes zum Prozess Haus Graz geben soll. Das Ergebnis der Prüfung, der Stadtrechnungshof sieht im Ergebnis der Zweckmäßigkeitprüfung den Bedarf an Maßnahmen der Verwaltungsreform als gegeben an, bestehende Doppelstrukturen, festgestellte Inkonsistenzen in der Steuerung der unternehmerischen Aktivitäten der Stadt Graz, beides spricht dafür, dass man hier etwas unternimmt. Im Verlauf der Potentialerhebungsprojekte wurden Projektaufträge erteilt und Projektgruppen konstituiert, die stets mit Führungskräften und ExpertInnen des Magistrates sowie der wichtigsten Unternehmensgruppen der Stadt besetzt wurden. Der Stadtrechnungshof hebt ausdrücklich hervor, dass die Maßnahmen, die hier gesetzt werden, nicht über externe, sondern durch interne Leistungen erbracht wurden, was gerade der Zweckmäßigkeit und der Sparsamkeit besonders entgegenkommt. Die Projektergebnisse liegen in Form von Berichten vor, die dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden, der Stadtrechnungshof hat die Ergebnisse der Projektberichte in seinem Bericht zusammengefasst dargestellt und kommentiert. Es ergeht daher der Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich um eine zehninütige Unterbrechung ersuchen und darf die Klubobleute kurz dann zu mir bitten.

Unterbrechung des Gemeinderates von 22.55 bis 21.20 Uhr.

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 7) Präs. 11211/2003-80
Präs. 10877/2003-24

Novellierung der Dienst- und
Gehaltsordnung sowie des Grazer
Gemeindevertragsbedienstetengesetzes;
Gehalts- und Pensionsanpassung für
2010;
Petition an den Landesgesetzgeber

GR. **Kolar**: (*Gerät nach Unterbrechung nicht eingeschaltet*) ...das ergibt eine Erhöhung von 0,94 für den Höchstbezug und 1,23 % für den niedrigsten Bezug, und bei der Anpassung der Pensionsregelung soll hier auch die Bundesregelung übernommen werden. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 3 in Verbindung mit Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Jene Ruhe- und Versorgungsbezüge, die 60 % der Höchstbeitragsgrundlage nach § 45 ASVG (€ 2.466,00) nicht überschreiten, werden mit dem Anpassungsfaktor 2010 (1.015) vervielfacht,
alle übrigen Ruhe- und Versorgungsbezüge werden mit einem Fixbetrag, der der Erhöhung von 60 % der Höchstbeitragsgrundlage nach § 45 ASVG mit dem Anpassungsfaktor entspricht (€ 36.99), erhöht.
2. Die Einmalzahlung ist im Jänner 2010 auszuführen.

3. Die Gehälter der BeamtInnen, die Monatsentgelte der Vertragsbediensteten und der Bediensteten mit einem Sondervertrag, in dem keine andere Art der Valorisierung vorgesehen ist, werden mit 1. Jänner 2010 um 0,9 % erhöht. Hinzu kommt eine schemawirksame Zuzahlung von 4 Euro.
4. Die Zulagen und Nebengebühren, die in Eurobeträgen ausgedrückt sind – mit Ausnahme der Kinderzulage – werden mit Wirksamkeit 1.1.2010 ebenfalls um 0,9 % erhöht.
5. Die in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwürfe von Landesgesetzen, mit denen die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz sowie das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz geändert werden, werden genehmigt.
6. Die Gesetzesentwürfe sind dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen vorzulegen, für deren ehestbaldige Gesetzwerdung Sorge zu tragen.
7. Die in den angeschlossenen Gesetzesentwürfen vorgesehenen Neuregelungen sind mit den hiefür vorgesehenen Wirksamkeitstermin 1. Jänner 2010 vorschussweise anzuwenden.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Aus grüner Sicht ist die Erhöhung der Aktivgehälter eh relativ klar und einfach und nachvollziehbar. Natürlich muss es auch eine Erhöhung der Pensionen geben, aber aus grüner Sicht stellt sich schon die Frage, ob die obersten Pensionen jene über 2.500 Euro, und deren gibt es nicht so wenige in Graz, ob die auch erhöht werden müssen. Deswegen hatten wir auch die Unterbrechung, das Stück war ja auch nicht besonders lange im Umlauf, aber es kommt vom Bund her und deswegen haben wir noch einmal über dieses Stück gesprochen und sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Es will zwar niemand so richtig die Erhöhung der Pensionen über 2.500 Euro, nur so ein kleiner Hinweis, auch bei 5.000 Euro gibt es noch Pensionen, auch noch darüber hinaus, dort zahlen wir locker diese 37 Euro

dazu, woanders stellen sich Leute um 20 oder 25 Euro Zuschuss, einmalig, nicht jeden Monat, wo an, da stellen sich Leute um 25 Euro einmal an, also hier muss man schon einmal hinschauen, wie man es mit der sozialen Gerechtigkeit nimmt. Deswegen haben wir bei der Besprechung folgende Vereinbarung getroffen. Wir haben uns darauf geeinigt, heute diese Pensionen zu erhöhen, wie es im Stück vorgeschlagen ist, aber bis zum Sommer die Pensionsreform durchzuziehen. Das ist eine Vereinbarung seitens der Koalition, aber auch der Willi Kolar als Personalvertreter hat hier zugestimmt, es soll bis zum Sommer die langersehnte Pensionsreform für Graz geben, die ist natürlich in Verhandlung, Details sind noch offen, aber hier besteht Reformbedarf, und diese Reform ist von Seiten der Stadt Graz bis zum Sommer umzusetzen. Das Land muss das nachher noch beschließen, also das liegt nicht in unserer Hand, aber wir werden heute diese Pensionserhöhung für alle Pensionen beschließen, aber versprechen, bis zum Sommer hier grundlegend das Problem anzuschauen. Vielleicht das Wiener Solidarmodell einzuführen oder was Ähnliches in diese Richtung, aber wir brauchen einen Beitrag der oberen Pensionen auch, das ist momentan nicht erklärbar, warum gewisse Personen so hohe Pensionen bekommen und auf der anderen Seite Einsparungen laufen in Bereichen, die wirklich weh tun (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte darüber hinaus auch ordnungshalber festhalten, dass ja der Bund auch beschlossen hat, dass die Aktivbezüge für Politikerinnen und Politiker wieder mit einer Nulllohnrunde im heurigen Jahr beschlossen wurden, das heißt ganz konkret, da wir ja auch alle prozentuell bei unseren Gehältern an die Nationalratsgehälter angeglichen sind, gibt es auch für Politikerinnen und Politiker, sprich für mich und meine Stadtregierungskollegen, keine Erhöhung im heurigen Jahr, ist wieder eine Nulllohnrunde wie schon im vergangenen Jahr.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 21.23 Uhr.

Die Vorsitzende;

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb